©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

RUDOLF MORSEY

DIE RHÖNDORFER WEICHENSTELLUNG VOM 21. AUGUST 1949

Neue Quellen zur Vorgeschichte der Koalitions- und Regierungsbildung nach der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag

Die stufenweise Gewinnung unserer Kenntnisse über den Verlauf der Vergangenheit und der damit verbundene Gewinn an historischen Erkenntnissen geschieht in der Zeitgeschichtsforschung jeweils innerhalb einer außerordentlich kurzen Spanne von Jahren. Dabei spielen neuerschlossene „Schlüsseldokumente" eine große, häufig ausschlaggebende Rolle. Die im folgenden abgedruckten neuen Quellen erlauben es, das Zustandekommen eines historisch bedeutsamen Entscheidungsprozesses zu rekonstruieren, über das wir bisher nur unvollständig informiert gewesen sind. Dabei geht es um das Ringen innerhalb der Unionsführung über die Koalitionsbildung im ersten Deutschen Bundestag und die davon abhängige personelle Zusammensetzung der ersten Bundesregierung, also um die Vorgeschichte der Kanzlerschaft Adenauers.

Der Ausgang der Wahl vom 14. August 1949 hatte den beiden Parteien CDU und CSU zusammen einen Stimmenvorsprung (31,0 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen, 139 von insgesamt 402 Mandaten) vor der SPD (29,2 v. H., 131 Abgeordnete) erbracht und ihnen damit, falls es zur Bildung einer gemeinsamen Unionsfraktion im Bundestag kam, den Anspruch auf die Regierungsführung verschafft. Vom Wahlergebnis her war eine Parlamentsmehrheit ohne die SPD zu erreichen, da die Unionsabgeordneten mit denen der FDP (11,9 v. H. Stimmen, 52 Mandate) und der Deutschen Partei (4,0 v. H., 17 Mandate) über zusammen 208 Bundestagssitze verfügten. Eine entsprechende Koalition bestand seit 1947 im Frankfurter Wirtschaftsrat.

Der prominenteste Unionspolitiker, Konrad Adenauer – Vorsitzender der CDU des Rheinlands und seiner Partei in der britischen Zone, der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen und der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU –, strebte an, noch vor Bildung der gemeinsamen Bonner Unionsfraktion eine Vorentscheidung zugunsten einer Regierungskoalition ohne SPD zu erreichen, eingeschlossen die Festlegung auf bestimmte Kandidaten zur Besetzung der wichtigsten Staats- und Regierungsämter. Beides gelang ihm am 21. August 1949 in Rhöndorf, wohin er zwischen dem 13. und 19. August telefonisch und/oder telegrafisch „führende Persönlichkeiten der CDU/CSU" aus den drei Westzonen zu einer „Aussprache", Beginn 13.00 Uhr, eingeladen hatte[1].

[1] In einem Fall (Holzapfel; vgl. Anm. 80) zu einer „äußerst bedeutungsvollen Aussprache". Nach den (insgesamt spärlichen) Unterlagen im Nachlaß Adenauer in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf (künftig zitiert: StBAH) 07.26. Zu- und Absagen sind in drei maschinen-

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Zeitgenossen erfuhren durch ein knappes Pressekommuniqué[2] über den Ausgang dieser „Konferenz der [!] CDU/CSU-Politiker in der Wohnung von Dr. Adenauer" als deren Auffassung, daß die Bundestagswahl „nicht nur ein eindrucksvolles Bekenntnis zu den Grundideen[3] der christlich-demokratischen Gesellschaftsauffassung[4], sondern auch eine eindeutige Bejahung der sozialen Marktwirtschaft im Gegensatz zur sozialistischen Planwirtschaft" erbracht habe. „Es bestehe daher die Verpflichtung, diese Gesamtpolitik fortzusetzen und daraus bei der Bildung der Bundesregierung klare Konsequenzen zu ziehen."[5]

Dieses allgemein formulierte Kommuniqué enthielt keine konkrete Koalitionslösung und auch keine Namen von Kandidaten für die Besetzung der wichtigsten Staats- und Regierungsämter. Daraus war zu entnehmen – und wurde entsprechend kommentiert –, daß angesichts des bekannten Eintretens auch prominenter CDU-Politiker für die Bildung einer Großen Koalition keine einheitliche Meinungsbildung erfolgt war. Das Mehrheitsvotum der Rhöndorfer Konferenz, deren Teilnehmer[6] kein formales Unionsgremium darstellten, bekam rasch zusätzliches Gewicht, als sich für die von

schriftlich vorliegenden Listen (ebenda, 06.07) festgehalten, von denen die zweite den handschriftlichen Vermerk „21. 8. 13 Uhr" trägt. Keine dieser Listen enthält jedoch die Namen aller Konferenzteilnehmer (vgl. Anm. 6).

[2] Korrekter Druck (nach der Vorlage im Nachlaß Adenauer) in: Konrad Adenauer. Seine Zeit, sein Werk. [Katalog einer] Ausstellung aus Anlaß des 100. Geburtstags am 5. Januar 1976, Historisches Archiv der Stadt Köln, S. 144. Andere Abdrucke (mit Textabweichungen): Keesing's Archiv der Gegenwart 1949, Frauenfeld/Schweiz 1949, S. 20, 48; Paul Weymar, Konrad Adenauer, München 1955, S. 432; Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 229. – Verfälschender Abdruck des Kommuniqués (ohne Beleg) bei Klaus Dreher, Der Weg zum Kanzler. Adenauers Griff nach der Macht, Düsseldorf 1972, wo es S. 306f. heißt, daß auch Politiker der FDP (!) an der Konferenz teilgenommen hätten.

[3] Im Abdruck bei K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 229: „Grundlinien".

[4] In manchen Wiedergaben in der Presse: „Staats- und Gesellschaftsauffassung".

[5] Im Deutschland-Union-Dienst Nr. 167 vom 23. August 1949 hieß es, die Teilnehmer der Rhöndorfer Konferenz hätten sich „statt über die von verschiedenen Seiten angekündigte oder vermutete Koalitionsliste" darüber unterhalten, wie „am besten und schnellsten ein praktisches Arbeitsprogramm für eine zu bildende Bundesregierung unter CDU/CSU-Führung aufgestellt werden könne".

[6] Adenauer, Peter Altmeier (Koblenz), Theodor Blank (Dortmund), Adolf Cillien (Hannover), Anton Dichtel (Freiburg), Ludwig Erhard (Frankfurt), Günter Gereke (Hannover), Johannes Gronowski (Bad Driburg), Albert Finck (Hambach b. Neustadt/W.), Werner Hilpert (Wiesbaden), Michael Horlacher (München), Edmund Kaufmann (Stuttgart), Jakob Kaiser (Berlin), Willi Koch (Kiel), Erich Köhler (Frankfurt), Gebhard Müller (Tübingen), Wilhelm Naegel (Hannover), Anton Pfeiffer (München), Robert Pferdmenges (Köln), Hermann Pünder (Frankfurt), Hugo Scharnberg (Hamburg), Carl Schröter (Kiel), Wilhelm Simpfendörfer (Stuttgart), Franz Josef Strauß (München). Von diesen 24 Politikern kamen zehn aus der britischen Zone, neun aus der amerikanischen (darunter zwei Mitglieder des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets), vier aus der französischen Zone und einer aus Berlin. Abgesagt hatten Ehard (vgl. Anm. 18), Fridolin Heurich (Karlsruhe), Friedrich Holzapfel (Herford, vgl. Anm. 80) und Walther Schreiber (Berlin).
Ferner waren in Rhöndorf anwesend Herbert Blankenhorn (Referent Adenauers als Präsident des Parlamentarischen Rates), Josef Löns (Generalsekretär der CDU in der britischen Zone) und Alois Zimmer (Trier), Wahlkampfleiter der CDU. In der Presse wurden z. T. Heinrich v. Brentano und Robert Lehr als weitere Teilnehmer genannt, die jedoch weder eingeladen noch anwesend waren.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer forciert vorgetragene Konzeption einer Koalitionsbildung ohne SPD auch andere, wenngleich für die Entscheidung dieser Frage wiederum nicht „zuständige" Gremien aussprachen: Am 23. August die CDU-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen (Vorsitzender: Adenauer) in Düsseldorf und am 31. August eine Konferenz der Spitzenpolitiker der CDU der drei Westzonen und der CSU (Vorsitz: Adenauer) in Bonn. Den entsprechenden formellen Beschluß faßte dann am darauffolgenden Tage, 1. September, die soeben konstituierte CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags in Bonn (Vorsitzender: Adenauer).

Damit waren Versuche insbesondere der vier Ministerpräsidenten der CDU (Peter Altmeier, Karl Arnold, Gebhard Müller und Leo Wohleb) gescheitert, eine Koalitionsbildung zusammen mit der SPD zu erreichen[7], mit deren Vertretern sie in ihren Länderregierungen zusammenarbeiteten.

Infolge der spärlichen, zunächst nur von Robert Pferdmenges (1955)[8] und Adenauer (1965)[9] vorliegenden und anekdotenhaft ausgeschmückten Darstellungen über den Ablauf der sonntäglichen Rhöndorfer Beratungen herrschte jahrelang der Eindruck vor, als sei es Adenauer erst nach stundenlangem Ringen und unter Einsatz der ihm eigenen taktischen Fähigkeiten[10] gelungen, die Anwesenden[11] von der Richtigkeit seiner Konzeption zu überzeugen; insbesondere der rheinland-pfälzische CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident Altmeier sei als hartnäckigster Verfechter einer „Großen Koalition" aufgetreten[12].

---

[7] Zuletzt bei einer Ministerpräsidentenkonferenz am 25./26. August 1949 in Koblenz. Vgl. Franz Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung unter Konrad Adenauer, hrsg. von der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Bonn 1970, S. 104 (1975 nur unwesentlich verändert neu erschienen unter dem Titel: Es begann mit Adenauer. Der Weg zur Kanzlerdemokratie, Freiburg, Herder-Bücherei 521, dort als „Originalausgabe" bezeichnet, ohne Hinweis auf den früheren Druck und ohne Anmerkungen).

[8] Bei P. Weymar, Adenauer, S. 427ff. Auf Adenauers dritter Einladungsliste (vgl. Anm. 1) war der Name Pferdmenges handschriftlich (nicht von Adenauer) nachgetragen mit dem Zusatz: „Inoffiziell".

[9] Vgl. Erinnerungen 1945–1953, S. 224ff. (Die entsprechenden Passagen von Pferdmenges und Adenauer sind abgedruckt bei K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 341ff., allerdings mit zahllosen Fehlern versehen, von denen im übrigen das ganze Buch übersät ist.) Adenauer stützte sich teilweise auf die Pferdmenges-Version, vor allem für die Schilderung der vermeintlichen Rolle Altmeiers, teilweise auf Wortprotokolle seiner Ausführungen in zwei Pressekonferenzen am 23. August (die er z. T. wörtlich übernommen hat) und 1. September 1949, beide in StBAH 07.06.

[10] Die von Pferdmenges aufgebrachte und inzwischen verfestigte Legende, wonach Adenauer zum Mittel der „individuellen Beeinflussung seiner Gäste am Buffet" habe greifen müssen, noch jüngst bei Detlev Hüwel, Karl Arnold, Wuppertal 1980, S. 207.

[11] Vgl. Anm. 6. Teilweise irreführende Angaben bei F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 79, und K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 237, 356.

[12] Hieß es bei Pferdmenges (vgl. P. Weymar, Adenauer, S. 428) noch, er „glaube", daß Altmeier die Opposition angeführt habe, so war daraus bei Adenauer (Erinnerungen 1945–1953, S. 429) eine Tatsache geworden; beide nennen übrigens außer Altmeier keinen anderen Teilnehmer der Konferenz mit Namen. Altmeiers Anwesenheit in Rhöndorf ist nicht erwähnt bei Fritz Hirschner, Aus dem Chaos zum Land mit Zukunft. Peter Altmeier und das Werden von Rheinland-Pfalz, Neuwied 1975².

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieser Eindruck wurde durch spätere Hinweise anderer Teilnehmer der Konferenz, zunächst Hermann Pünder (1968)[13] und Günter Gereke (1970)[14], nicht grundlegend korrigiert. Erst 1972 ergab sich als Ergebnis der Befragung weiterer Teilnehmer (Peter Altmeier, Ludwig Erhard, Hermann Pünder und Franz Josef Strauß)[15] ein anderes Bild: Danach war die retardierende Rolle von Altmeier wesentlich geringer als bisher überliefert einzuschätzen[16], dafür der Einsatz von Erhard und Strauß in ihrem Eintreten für eine Koalitionsbildung ohne SPD um so höher. Dieser Eindruck wurde 1976 durch weitere Hinweise von Strauß konkretisiert[17].

Aufgrund der damit vorliegenden Berichte von insgesamt sieben Teilnehmern der Rhöndorfer Beratungen lassen sich jedoch deren Ablauf, die Zuordnung der meisten Anwesenden zu den gegensätzlichen Gruppierungen und ihre jeweiligen Argumentationen nicht annähernd präzis oder überhaupt nicht rekonstruieren. 1978 gelang durch einen zentralen Quellenfund der Nachweis, daß sich Adenauer bereits am Tage vor der Konferenz, am 20. August 1949, mit dem Vorsitzenden der CSU und bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard – der an dem Rhöndorfer Treffen nicht teilnahm[18] – in Frankfurt getroffen und in allen entscheidenden Punkten geeinigt hatte[19]:

---

[13] Von Preußen nach Europa, Stuttgart 1968, S. 408 ff. Pünders wichtigste Ergänzung bestand in dem Hinweis, daß er es gewesen sei, der in der Diskussion Adenauer als Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vorgeschlagen habe. Auch Pünders Ausführungen sind bei K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 349 ff., abgedruckt, ebenfalls sehr fehlerhaft.

[14] Ich war Königlich preußischer Landrat, Berlin (Ost) 1970, S. 360 (nur mit dem Hinweis, daß er als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten Schlange-Schöningen vorgeschlagen habe; vgl. Anm. 64).

[15] Vgl. K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 352 ff.

[16] Über die falsche Darstellung von Pferdmenges (vgl. Anm. 8) hat sich Altmeier gegenüber P. Weymar beklagt. So nach einem (undatierten) Hinweis Altmeiers bei K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 242, 353 (von D. Hüwel, Arnold, S. 207, nicht berücksichtigt). Vorsichtig urteilte 1976 Franz Josef Strauß: Für die Große Koalition hätten sich Werner Hilpert, Jakob Kaiser, Gebhard Müller sowie „mehr oder minder" Altmeier ausgesprochen; Gedanken über Konrad Adenauer, in: Konrad Adenauer 1876/1976, hrsg. von Helmut Kohl, Stuttgart 1976², S. 189 f.

[17] Gedanken über Konrad Adenauer, S. 189 f.; Konrad Adenauer und sein Werk, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, hrsg. von Dieter Blumenwitz u. a., Bd. 1, Stuttgart 1976, S. 90 f.; Honnefer Rede zum 100. Geburtstag von Konrad Adenauer am 5. Januar 1976 (Honnef 1976), S. 18, sowie Franz Josef Strauß, Signale. Beiträge zur deutschen Politik 1969–1978. Ausgewählt und eingel. von Wilfried Scharnagl, München 1978, S. 178.

[18] Ehard hatte am 19./20. August an einer Tagung des Ellwanger Kreises teilgenommen und schon vorher Staatsminister Anton Pfeiffer als seinen Vertreter für Rhöndorf benannt (nach den Einladungslisten; vgl. Anm. 1). 1976 erklärte Strauß, Ehard, „der sich mit Adenauer nie besonders gut verstanden hatte", habe keinen Wert auf die Teilnahme gelegt; Gedanken über Konrad Adenauer, S. 189. K. Dreher schreibt einmal (Der Weg zum Kanzler, S. 236), Ehard habe als seinen Vertreter Pfeiffer benannt, ein andermal (S. 244), er habe an seiner Stelle Strauß geschickt. Auch F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 79, bezeichnet Strauß als einzigen CSU-Vertreter in Rhöndorf, obwohl er Pfeiffer unter den Teilnehmern aufführt. Ein dritter CSU-Politiker, Horlacher, kam erst gegen Schluß der Konferenz. Vgl. Anm. 116.

[19] Vgl. Rudolf Morsey, Die Bildung der ersten Regierungskoalition 1949. Adenauers Entscheidungen von Frankfurt und Rhöndorf am 20. und 21. August 1949, in: Historisches Jahrbuch 97/98 (1978), S. 418 ff. (Vorabdruck: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34 vom 26. August 1978). Dort

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Koalition der Unionsparteien mit der FDP sowie Besetzung der wichtigsten Staats- und Regierungsämter mit Heuss, Adenauer und Erhard. Darüber hinaus hatten beide Unionspolitiker Konsens über die Besetzung zahlreicher weiterer Positionen in der ersten Bundesregierung erzielt – auch über die des Amtes des Bundestagspräsidenten –, von denen in Rhöndorf am folgenden Tage überhaupt keine Rede war.

An den Frankfurter „Koalitionsverhandlungen" hatten zeitweise auch der Direktor der Zweizonen-Verwaltung für Wirtschaft, Ludwig Erhard, und der Chef der bayerischen Staatskanzlei, Staatsminister Anton Pfeiffer (bis Juni 1949 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat), teilgenommen. Beide waren am folgenden Tage in Rhöndorf anwesend, ohne dort jedoch, dem Beispiel Adenauers – oder, was wahrscheinlicher ist, einer entsprechenden Verabredung – folgend, Einzelheiten der Absprache mit dem CSU-Vorsitzenden zu erwähnen. Da sich Pfeiffer in Rhöndorf offensichtlich nicht zu Wort gemeldet hat, ist er in später mitgeteilten Erinnerungen seines Münchner CSU-Kollegen Strauß vergessen worden[20].

Aus den nicht nur unvollständigen und ungenauen, sondern teilweise sogar widersprüchlichen Berichten von insgesamt sieben Teilnehmern über den Ablauf der sonntäglichen Beratungen konnte bisher kein einigermaßen zutreffendes Bild gewonnen werden, da ein Protokoll fehlte. Das überrascht einmal deswegen, weil Adenauer ansonsten großen Wert auf schriftliche Fixierung solcher Konferenzen legte; zum andern waren bei den Beratungen mit Herbert Blankenhorn und Josef Löns die beiden engsten hauptamtlichen Mitarbeiter des CDU-Vorsitzenden der britischen Zone anwesend.

Angesichts des historischen Stellenwerts der Rhöndorfer Weichenstellung kommt einer protokollartigen Aufzeichnung über diese Konferenz, die kürzlich bekanntgeworden ist, hoher Quellenwert zu, zumal sie nicht nur stichwortartige Notizen enthält, sondern über weite Strecken der Beratungen hin eine stenographische Mitschrift darstellt. Ihr Verfasser ist der Landesvorsitzende der CDU in Württemberg-Hohenzollern und dortige Staatspräsident (seit 13. August 1948) Gebhard Müller; seine Mitschrift hat er, offensichtlich kurze Zeit später[21], zum größten Teil selbst in Maschinenschrift übertragen (engzeilig geschrieben), den letzten Teil – ein knappes Drittel des Gesamtumfangs von insgesamt 10 Seiten – in Langschrift[22]. Allerdings fehlt zum Schluß der (aus anderen Quellen bekannte) Hinweis Adenauers auf die Vertraulich-

---

auch (S. 423) der Hinweis, daß die Frankfurter Verhandlungen zwischen Adenauer und Ehard – über die die Presse kurz berichtet hatte – bisher in der Literatur übersehen worden waren. F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 78f., hatte das Treffen wenigstens erwähnt, in seiner Neuausgabe von 1975 jedoch wieder gestrichen.

[20] 1971 erklärte Strauß: „Ob Pfeiffer da war, weiß ich nicht mehr, wenn ja, dann ist er im Verlauf der Konferenz in keiner Weise hervorgetreten" (vgl. K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 354); 1976 meinte Strauß, er sei der einzige CSU-Vertreter gewesen; Konrad Adenauer und sein Werk, S. 91 (so auch in: Signale, S. 178).

[21] Vermutlich nach der am 15. September 1949 erfolgten Wahl Adenauers zum Bundeskanzler – und vielleicht deswegen –, da unter der maschinenschriftlichen Überschrift eigenhändig ergänzt ist: „Haus des Bundeskanzlers". Vgl. Dok. Nr. 1, Überschrift.

[22] Vgl. Anm. 93. Für die Erlaubnis, diese Aufzeichnungen und weitere einschlägige Texte

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keit der Beratungen. Auch aus anderen Indizien geht hervor, daß es sich nicht um eine vollständige Mitschrift handelt[23].

Dieses Protokoll wird im folgenden im Wortlaut abgedruckt (Dok. Nr. 1), ergänzt um einen daran anschließenden Schriftwechsel (Dok. 2–8) zwischen einigen Teilnehmern der Konferenz in der Zeit vom 22.–29. August 1949, der weitere Details zum Ablauf der Rhöndorfer Beratungen enthält, aber auch zu deren gezielter „Auswertung" durch Adenauer.

Dokument Nr. 1

Aufzeichnung des Staatspräsidenten und CDU-Vorsitzenden von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, über die Beratungen führender Unionspolitiker am 21. August 1949 in Rhöndorf

Materialien G. Müller. Maschinenschriftliche bzw. (letzter Teil)[24] eigenhändige Übertragung aus einer stenographischen Mitschrift[25]. Überschrift: „Besprechung in Rhöndorf über die Ergebnisse und Folgerungen aus der Bundestagswahl vom 14. 8. 1949 – am Sonntag, den 21. 8. 1949. Haus des Bundeskanzlers"[26].

Dr. Adenauer wies zunächst darauf hin, daß es sich um drei Fragen handle: Bildung einer Regierungskoalition, Bundeskanzler und Bundespräsident. Ich habe bisher keinerlei Schritte unternommen in der Richtung auf eine Koalition mit der SPD. Alle hierüber erschienenen Meldungen sind frei erfunden[27]. Ich war außerordentlich überrascht und konnte überhaupt nicht verstehen, daß nach diesem Wahlausgang überhaupt jemand auf den Gedanken eines Zusammengehens mit der SPD kommen konnte[28]. Der Wille der

(s. Dok. Nr. 3–6) veröffentlichen zu können, bin ich Herrn Staatspräsident a. D., Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D. Professor Dr. Gebhard Müller (Stuttgart) zu besonderem Dank verpflichtet, auch für ergänzende Hinweise. G. Müller hat sein damaliges Eintreten für die Große Koalition 1979 in Rhöndorf erläutert. Vgl. Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Rudolf Morsey (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 3), Stuttgart 1979, S. 56.

23 Vgl. auch Anm. 120, 126, 130. Nach einer Mitteilung von Herrn Prof. Dr. Gebhard Müller vom 27. März 1980 hat er seine stenographischen Notizen für sich als Gedächtnisstütze und Kontrollmöglichkeit angefertigt für den Fall, „daß in Auswirkung der Gespräche dem Kabinett oder den CDU-Instanzen zu berichten war, mit einer brieflichen Auseinandersetzung mit anderen Teilnehmern gerechnet werden mußte".

24 Vgl. Anm. 93.

25 Kopien dieser Übertragung befinden sich in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf sowie im Archiv für christlich-demokratische Politik (künftig zitiert: ACDP) in der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin bei Bonn.

26 „Haus des Bundeskanzlers" eigenhändig eingefügt. Vgl. Anm. 21.

27 In Pressekommentaren nach dem Wahlausgang waren alle denkbaren Koalitionskombinationen erörtert und immer neue „Ministerlisten" gehandelt worden. Im Deutschland-Union-Dienst vom 19. August 1949 (Nr. 165) hieß es, Adenauer habe auf Anfrage mitgeteilt, daß Meldungen über eine Einladung der CDU an die SPD zu Koalitionsverhandlungen nicht zuträfen: „Alle Kombinationen um diese Frage entbehren daher jeder Grundlage."

28 Bezieht sich auch auf entsprechende Äußerungen auch führender Unionspolitiker, angefangen von Ministerpräsident Karl Arnold.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wähler hat klar und eindeutig gegen ein Zusammengehen mit der SPD sich ausgesprochen. Man würde den Sinn einer politischen Wahl verfälschen, wenn nach diesem erbitterten Kampf sich die beiden großen Gegner des Wahlkampfes zusammenfinden würden, um eine Regierungskoalition zu bilden. Freilich gibt es Situationen, wo politische Gegner und Parteien sich zusammenfinden, das Trennende zurückstellen, um bestimmte Aufgaben zu erfüllen.

Dieser Wahlkampf wurde aber geführt unter der Parole: Fortsetzung der Frankfurter Politik[29] oder Politik der Opposition in Frankfurt mit dem Ziele einer sozialistischen Planwirtschaft. Die überwiegende Mehrheit der Wähler hat sich gegen die Politik der SPD entschieden. Es wäre ein schwerer politischer Fehler, wenn man nun nach einem solchen Wahlerfolg und Wahlkampf einen Regierungsmischmasch machen würde. Wir würden bei unseren Wählern sehr stark an Vertrauen verlieren, wenn wir so tun würden, als sei nichts geschehen. Im übrigen will die SPD keine Koalition mit uns, Schumacher und Heine haben sich ganz klar gegen eine Große Koalition ausgesprochen[30], die abweichende Auffassung Stocks wurde von der Parteileitung ausdrücklich als privat bezeichnet[31]. Freilich gibt es auch in der SPD Gegner Schumachers, der aber immer seinen Willen durchgesetzt hat[32].

---

[29] Personifiziert in Ludwig Erhard, der innerhalb von nur anderthalb Jahren einen erstaunlichen Popularitätsgrad erreicht hatte. Der Hinweis bei Jens M. Lukomski, Ludwig Erhard, Düsseldorf 1965, S. 109, wonach Erhard am 25. Juni 1949 der CDU beigetreten war, trifft nicht zu. Vgl. Volkhart Laitenberger, Erhard habe die Übernahme der Wahlkreiskandidatur in Ulm-Heidenheim für die CDU im Juni 1949 „kurioserweise" nicht mit einem formellen Parteieintritt verbunden (Zur Programmatik und zur Politik Ludwig Erhards, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von der Ludwig-Erhard-Stiftung, Nr. 3, 1980, S. 19).

[30] Führende SPD-Politiker hatten nach der Wahl die Bildung einer Großen Koalition nicht grundsätzlich ausgeschlossen, als Voraussetzung dafür jedoch eine Änderung der Wirtschaftspolitik im Sinne von Sozialisierung der Schlüsselindustrien gefordert. Am 18. August hatte das SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine in Hannover erklärt, eine Fortsetzung von Erhards Wirtschaftspolitik bedeute den „Ruin Deutschlands". Vgl. Neue Zeitung (künftig zitiert: NZ) vom 19. August 1949. Auf dem SPD-Parteitag am 22. Mai 1950 unterstrich der stellv. Parteivorsitzende Erich Ollenhauer, daß die Frage einer Regierungsbeteiligung der SPD „unter den gegebenen Umständen" nach dem 14. August 1949 „niemals ernsthaft zur Diskussion" gestanden habe. Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 21.–25. Mai 1950 in Hamburg, Frankfurt 1950, S. 90.

[31] Der hessische Ministerpräsident Christian Stock (SPD) hatte – wie auch sein niedersächsischer Kollege Hinrich Wilhelm Kopf – am 16. August eine Koalition mit der CDU befürwortet. Er war dafür sofort vom Büro des SPD-Parteivorstands in Hannover gerügt worden („private Meinungsäußerung"). Vgl. F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 84.

[32] Anspielung auch auf Vorgänge im Parlamentarischen Rat. Vgl. Rudolf Morsey, Adenauer und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland 1946–1949, in: Konrad Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, S. 31. Am 31. August 1949 schrieb Adenauer dem Verbandspräses der katholischen Arbeiterbewegung Hermann-Josef Schmitt (Köln) auf eine Anfrage hin u. a., daß er dessen Anschauungen über die SPD nicht teile. Zweifellos gebe es in der „heutigen SPD" eine „ganze Anzahl von Leuten, die in ihren Anschauungen vielleicht sich uns nähern". Diese Gruppe sei jedoch „durchaus in der Minderzahl. Herrschend ist die Richtung Schumacher-Heine, die uns so schroff gegenübersteht wie nur denkbar". StBAH 07.28. In seinem Referat vor den führenden Unionspolitikern am 31. August (s. Anm. 69) zählte Adenauer – neben Ministerpräsident Stock – Carlo Schmid zu denjenigen Sozialdemokraten, „die anders denken" als Schumacher, Heine und Ollenhauer.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am letzten Donnerstag hat Arnold erklärt[33], daß auch Henssler[34] von Düsseldorf der Auffassung Stocks beigetreten sei[35].

Es ist richtig, daß wir unter Umständen der Periode einer großen Arbeitslosigkeit entgegengehen[36] und daß die Gegnerschaft der SPD in diesem Falle sehr unangenehm werden könnte. Wir können aber an unserer Wirtschaftspolitik nichts ändern und Professor Erhard unter keinen Umständen fallen lassen. Eine Lösung dieses Dilemmas erkennen wir nicht ohne weiteres[37]. Inzwischen habe ich aber eine solche Menge von Telegrammen, Briefen und telefonischen Anrufen erhalten, die alle ihr Entsetzen darüber ausdrücken, daß man überhaupt den Gedanken einer Koalition mit der SPD erwäge und mit ihr in Koalitionsbesprechungen eintreten wolle.

Am letzten Freitag habe ich mit Professor Erhard und Bankier Pferdmenges die Dinge eingehend besprochen[38]. Es wäre das Schlimmste, wenn wir auf wirtschaftlichem Gebiete zu einem Mischmasch kämen. Wir können überhaupt nur auf Auslandskredite hoffen, wenn wir eine ruhige und zielbewußte Wirtschaftspolitik verfolgen. Für die Wirtschaft wäre es das Schlimmste, wenn man in der Grundauffassung heterogene Elemente vereinigen wollte. Wenn wir aber die bisherige Wirtschaftspolitik weiterverfolgen, haben wir die besten Aussichten. Die Arbeitslosigkeit werden wir durch Auslandskredite beseitigen und fernhalten. Ministerpräsident Ehard hat mir gesagt[39], daß eine Koalition mit der SPD für die CSU in Bayern vernichtend wäre[40]. Es wäre Wasser auf die Mühle der Bayernpar-

---

[33] Am 18. August war Adenauer zweimal mit Arnold zusammengetroffen. Nach einer daraufhin abgegebenen Presseerklärung hatte in der Beurteilung der innen- und außenpolitischen Situation zwischen beiden Politikern Übereinstimmung geherrscht. Vgl. F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 76.

[34] Fritz Henssler, Oberbürgermeister von Dortmund, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

[35] Vgl. demgegenüber Hensslers Schreiben vom 18. August 1949 an Kurt Schumacher: „Wir beziehen Oppositionsstellung." Zitiert bei F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 85 (dort Henssler falsch geschrieben).

[36] Die Zahl der Arbeitslosen betrug – bei weiterem kontinuierlichem Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen – ca. 1,3 Mill. Nach Deutschland-Union-Dienst Nr. 172 vom 30. August 1949.

[37] Noch bis zum 19. August 1949 hatte Adenauer größten Wert darauf gelegt, daß sich kein Unionspolitiker ausdrücklich gegen eine Koalition mit der SPD festlegte und in seinen Äußerungen über die (als Konsequenz des Wahlausgangs unstrittige) Forderung auf Besetzung des Wirtschaftsministeriums durch einen Unionspolitiker hinausging. Vgl. R. Morsey, Die Bildung der ersten Regierungskoalition, S. 426.

[38] Das Gespräch mit Erhard am 19. August 1949 ist in Presseberichten erwähnt (vgl. Anm. 86), nicht aber die Anwesenheit des Kölner Bankiers Robert Pferdmenges, Mitglied des Wirtschaftsrats. Pferdmenges war aufgrund seines Listenplatzes in Nordrhein-Westfalen nicht mehr in den Bundestag gelangt, rückte aber wenige Wochen später nach.

[39] Am Vortag in Frankfurt. Nach der Protokollierung von Adenauers Bemerkung muß offen bleiben, ob sich der Unionspolitiker ausdrücklich auf das Gespräch vom Vortag bezogen hat; das anzunehmen liegt jedoch nahe, da die Presse über die Absicht des Zusammentreffens berichtet hatte.

[40] Bereits am 15. August hatte der bayerische Ministerpräsident das Wahlergebnis als Votum gegen einen „sozialistischen Kurs" interpretiert; Rhein-Neckar-Zeitung vom 16. August 1949. 1971 hingegen ging Strauß davon aus, daß Ehard 1949 eine Regierung der Großen Koalition angestrebt habe (vgl. K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 354, 356), und verstärkte diese Mitteilung 1976 noch in seiner Honnefer Rede, S. 20. (Abgeschwächt hingegen in seinem Beitrag, Gedanken über Konrad Adenauer, S. 190.) Vgl. Anm. 98.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tei[41]. Wir müssen daher mit der FDP zusammengehen. Gegen die Deutsche Partei habe ich Bedenken, nachdem sie in der Wahlagitation völlig in das nationalistische Fahrwasser abgerutscht ist. Bei vielen unserer Arbeitnehmer könnte sonst das Bedenken entstehen, daß wir eine Regierung eines Rechts- oder Besitzbürgerblocks bilden. Die Einbeziehung der Deutschen Partei würde auch in USA sehr ungünstig wirken. Irgend eine andere der kleinen Parteien, Bayernpartei usw.[42], kommt ebenfalls nicht in Frage[43]. Wir würden also zusammen mit der FDP eine Minderheitsregierung bilden. Das ist aber nicht schlimm, denn die Deutsche Partei kann garnicht anders, als diese Regierung unterstützen. Schon im Parlamentarischen Rat hat sich ergeben, daß die Deutsche Partei gute Elemente enthält, die zu uns gehören. So war es auch in Frankfurt. Zur Zeit können wir aber wegen ihrer Wahlagitation nicht mit ihr zusammengehen[44]. Freilich ist diese Minderheitsregierung, vom rein parlamentarischen Standpunkt aus gesehen, keine erfreuliche Erscheinung. Eine möglichst stabile Mehrheit wäre das Erfreulichste, sie ist aber nicht zu erreichen. Deshalb müssen wir eben die Entwicklung abwarten.

Hilpert – Hessen[45]: Auch die FDP hat in Hessen zu 25% rein rechtsradikale Elemente aufgenommen, die aus der Nationaldemokratischen Partei gekommen sind, mit der man eine Wahlunion eingegangen ist. Ich erinnere nur an den Antisemit Leuchtgens[46]. Der ernsthafte Versuch einer Großen Koalition muß unter allen Umständen gemacht werden. Es wäre ein enormer Block demokratischer Kräfte mit einer außerordentlichen Durchschlagskraft. Die Garantie einer unabhängigen Politik. Sie würde das Spannungsverhältnis zum Osten mindern. Über eines freilich herrscht kein Streit. Die Erhardsche Wirtschaftspolitik muß unter Erhard weitergeführt werden. Auch die Außenpolitik ist weitgehend von der Sozialpolitik bestimmt. Die Opposition würde der SPD außerordentliche Chancen geben. Ohne taktischen Hintergedanken muß der massive Versuch einer Großen Koalition gemacht werden. Im süddeutschen Raume würde eine andere Politik nicht verstanden werden.
Bei einer Minderheitsregierung hätte ich große Sorgen. Es muß eine ausgleichende Politik aller demokratischen Kräfte versucht werden. Die Erhardsche Wirtschaftspolitik wird in den Kreisen der SPD auf keinen großen Widerstand mehr stoßen. Unter allen Umständen muß daher der Versuch gemacht werden, die SPD zu gewinnen. Wir müssen mit absoluter Sturheit versuchen, auszugleichen. Das ist auch später vom parteipolitischen Standpunkt aus ungeheuer wichtig. Es gibt eine Fülle von Kombinationsmöglichkeiten. Wer in den nächsten Jahren die Regierungsverantwortung übernimmt, bietet angriffsreife Flanken.

---

[41] Die BP hatte bei der Bundestagswahl 986487 Wählerstimmen (4,2 v. H.) erreicht (17 Mandate), die CSU 1380448 (5,7 v. H., 24 Mandate).

[42] „Bayernpartei usw.": von G. Müller eigenhändig eingefügt.

[43] Der Landesvorsitzende der Bayernpartei, Josef Baumgartner, hatte am 17. August erklärt, daß seine Partei sich solange an einer Koalitionsregierung nicht beteiligen werde, wie das Grundgesetz in Kraft sei. Dazu vgl. F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 89.

[44] Vgl. demgegenüber Adenauers Wiedergabe (Erinnerungen 1945–1953, S. 225), wo die DP von vornherein mit in die Koalitionskombinationen einbezogen ist.

[45] Werner Hilpert, Vorsitzender der CDU in Hessen, Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident in der von Stock (SPD) geleiteten Koalitionsregierung. MdB. Hilpert hatte sich nach dem Wahlausgang für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition ausgesprochen.

[46] Heinrich Leuchtgens, Gründer der Nationaldemokratischen Partei in Hessen, MdB über die FDP-Liste in Hessen.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nur bei einem klaren Mehrheitswahlrecht hätten sich klare Fronten ergeben. Vergessen wir nicht, daß wir 60% verarmte Menschen und weitere 15% Kleinbauern haben. Bei dieser Situation eine Minderheitsregierung zu bilden, würde ein ungeheueres Maß von Verantwortungsbereitschaft erfordern und eine ebensolche Belastung bilden.

Schröter[47]: Es ist völlig unmöglich, mit der SPD eine Koalition zu bilden[48]. Zunächst muß ein klares Programm aufgestellt werden. Lieber klare Entscheidung und klare Verantwortung. Die SPD soll in die Opposition gehen. Die Deutsche Partei kann m. E. ruhig einbezogen werden. Ihre Exzesse sind lediglich eine Erscheinung des Wahlkampfes und nicht tragisch zu nehmen. Auch wir sind für Schwarz-Weiß-Rot. Das ergibt sich schon aus unseren Häfen und unserer Schiffahrt. In Hamburg und Schleswig-Holstein hat die Deutsche Partei auch bei den Arbeitern große Erfolge erzielt und Breschen geschlagen[49]. Im übrigen ist die FDP genau so nationalistisch. Es ist völlig ausgeschlossen, mit einer Minderheit in den Kampf zu gehen. Wir brauchen eine klare Mehrheit. In der Deutschen Partei hat der „Mauserprozeß" heute schon begonnen. Auf jeden Fall mit der DP, auf keinen Fall mit der SPD.

Pünder[50]: Ich bin sonst kein Gegner von großen Koalitionen. Wir haben aber über die SPD gesiegt. Die Fronten dürfen nicht verwaschen werden. Der ganze Erfolg der kommenden Landtagswahlen[51] würde verloren gehen, wenn wir jetzt mit der SPD zusammengehen würden. Sowohl Robertson[52] wie McCloy[53] erwarten von uns ein Zusammengehen mit der FDP unter Ausschaltung der SPD. Wir brauchen eine ruhige Entwicklung, die Wirtschaft stabile Verhältnisse. Siehe auch Straßburg[54]. Arnold hat die Dinge oft falsch gesehen und sieht sie auch jetzt falsch. Wir haben eine strukturelle, keine konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit. Sie ist nicht zu beseitigen. Ich fürchte im übrigen keine große Steigerung der Arbeitslosigkeit, im Gegenteil sind alle Anzeichen einer Besserung vorhanden. Ein Zusammengehen mit der DP ist sehr zu prüfen. In ihren Reihen sind weitgehend wertvolle Elemente. Auch nach dem Osten haben wir mehr Chancen als die SPD. Von den führenden Leuten der SPD sind seinerzeit nicht weniger als 14 zur SED übergelaufen[55].

---

[47] Carl Schröter (Kiel), Vorsitzender der CDU in Schleswig-Holstein, MdB.

[48] Schröter hatte bereits am 16. August 1949 in den Kieler Nachrichten dafür plädiert, eine „klare anti-sozialistische Regierung" zu bilden.

[49] In Hamburg erreichte die DP 13,1 v. H. der Wählerstimmen, in Schleswig-Holstein 12,1 v. H. (in Bremen sogar 18 v. H.).

[50] Oberdirektor der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt, MdL Nordrhein-Westfalen, MdB. Pünder hatte am 18. August in einem Interview den Ausgang der Wahl als „ganz eindeutiges Bekenntnis der überwältigenden Mehrheit der deutschen Wähler zu unserer Sozialen Marktwirtschaft" interpretiert, die anschließende Frage nach einer daraus abzuleitenden Koalitionsbildung aber nicht präzis beantwortet, jedoch auf die Notwendigkeit hingewiesen, diese Wirtschaftspolitik „unter allen Umständen" fortzusetzen. Vgl. Deutschland-Union-Dienst Nr. 164 vom 18. August 1949.

[51] Die nächsten Landtagswahlen fanden am 16. Oktober 1949 in Hamburg, am 18. Juni 1950 in Nordrhein-Westfalen und am 9. Juli 1950 in Schleswig-Holstein statt.

[52] General Sir Brian Robertson, britischer Hoher Kommissar.

[53] John McCloy, amerikanischer Hoher Kommissar.

[54] Bezieht sich auf die Auseinandersetzungen um den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Europa-Rat in Straßburg, nachdem die französische Regierung auch die Zulassung des Saargebiets gefordert hatte.

[55] Anspielung auf die Gründung der SED 1946 in Berlin. Dazu vgl. Jakob Kaisers Ausführungen bei

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Köhler[56]: Ich teile die Auffassung Pünders[57]. Ein Abweichen von der bisherigen Wirtschaftspolitik, eine Verwässerung derselben, würde die kommende amerikanische Hilfe unmöglich machen. Es besteht nämlich die Möglichkeit erheblicher privater Investitionen von amerikanischer Seite. Adcock[58] ist ebenfalls für ein Zusammengehen mit der FDP. Es sind von amerikanischer Seite zwei Milliarden [Dollar] privater Investitionen vorgesehen. Schumacher hat schon in Frankfurt die Mitarbeit abgelehnt. Man kann von einem nationalen Notstand, der ein Zusammengehen rechtfertigen würde, überhaupt nicht sprechen. Das dürfen wir überhaupt nicht zugeben. Wir sind aus dem Hunger und den Versorgungsschwierigkeiten heraus. Wir würden bei Bildung einer Großen Koalition die Erfolge unserer Politik abschwächen. Auch die Kleine Koalition ist wahrhaftig demokratisch. Opposition ist heilsam. Dieser grundsätzliche Standpunkt muß mit aller Schärfe herausgestellt werden.
Der Weimarer Stil der Demokratie ist nicht die Demokratie der Zukunft. Man kann keinesfalls eine Hoffnung auf die Unterstützung durch die SPD oder einen Teil derselben setzen. Schumacher erhebt mindestens fünf Forderungen, die nicht annehmbar sind: Sozialisierung, Lenkung der Wirtschaft usw. Die Arbeitslosigkeit wollen wir nicht unterschätzen, aber sie ist auch eine Chance für uns, wenn wir sie erfolgreich bekämpfen, und daran habe ich keinen Zweifel, obwohl ein großer Teil der Industrie bereits auf Vorrat arbeitet. Die FDP darf man nicht nach ihrem hessischen Teil beurteilen. Die DP brauchen wir nicht unbedingt einzubeziehen. Der Bundeskanzler braucht kein Vertrauensvotum. Bei der gesetzgeberischen Arbeit suchen wir von Fall zu Fall eine Mehrheit. Trotz Bekämpfung der Erhardschen Wirtschaftspolitik durch die DP wird sie Erhard unterstützen. Wir brauchen die Frage der DP heute nicht endgültig zu entscheiden. Schon in acht Tagen werden wir eine größere Klarheit haben. Hellwege[59] ist sehr anständig. 95% unserer Freunde würden es nicht verstehen, wenn wir jetzt ernsthafte Koalitionsgespräche mit der SPD führen würden. Schon jetzt herrscht in weitesten Kreisen der Industrie eine ungeheure Beunruhigung wegen der Möglichkeit einer Verständigung der CDU mit der SPD. Auch unsere Arbeiter wünschen die Große Koalition nicht. Die Große Koalition müssen wir ablehnen. Die ganze Welt hält es für selbstverständlich, daß sie [SPD] in die Opposition geht und wir die Regierung bilden.

Simpfendörfer[60]: Die Kleine Koalition ist ein äußerst fragwürdiges Gebilde. Eine Mehr-

---

einer Pressekonferenz Adenauers am 1. September 1949 in Bonn: „Der Zustand, den wir in der Ostzone haben, ist doch darauf zurückzuführen, daß die größte politische Gruppe in der Stunde nationaler Bewährung einfach kapituliert hat und sich mit der KPD zur SED vereinigt hat. Ich bin immer erstaunt, wie Herr Dr. Schumacher den Mut hat, diesen Punkt zu berühren, der so drückend für uns Deutsche insgesamt und insbesondere für die SPD ist... Die SPD hat mit Pauken und Trompeten kapituliert und ist mit der KPD zur SED übergegangen." Vgl. Anm. 9.

56 Erich Köhler, Präsident des Wirtschaftsrats in Frankfurt, Vorsitzender der CDU-Fraktion des hessischen Landtags, MdB.

57 Köhler hatte sich bereits gegen die Bildung einer Großen Koalition ausgesprochen. Vgl. Rhein-Neckar-Zeitung vom 19. August 1949.

58 General Clarence Adcock, stellvertretender amerikanischer Militärgouverneur.

59 Heinrich Hellwege (Hannover), Vorsitzender der DP, MdB. Am 19. August hatte Hellwege erklärt, er könne sich denken, „daß wir mitmachen", wenn der DP eine „maßgebliche Stelle in der Bundesregierung" angeboten werde. Vgl. F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 88.

60 Wilhelm Simpfendörfer (Stuttgart), Landesvorsitzender der CDU in Nordwürttemberg, MdB.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heitsbildung bei der entscheidenden gesetzgeberischen Arbeit ist in jedem Falle zweifelhaft. Notwendig ist eine Konzeption, die Aufstellung eines Regierungsprogramms. Dann kann sich an der Regierung jeder beteiligen, der dieses Programm billigt. Wir brauchen ein Notprogramm[61].

Gereke[62]: Die Wahlen haben einen erheblichen Ruck nach rechts gebracht. Deshalb legt sich eine Regierungsbildung ohne SPD nahe. Andererseits ist die Basis CDU-FDP zu eng und zu schmal. Deshalb muß die FDP festgebunden werden. Auch die FDP hat sehr gefährliche und heterogene Elemente. In ihren Reihen ist hauptsächlich die „kulturelle Asphaltdemokratie". Auf der Grundlage CDU-FDP ist keine stabile Regierungspolitik möglich. Innerhalb der DP gewisser Klärungsprozeß. Selbst wenn DP in Opposition bliebe, wäre sie nicht gefährlich. Die SPD ist nicht fähig, konstruktive oder loyale Opposition zu treiben. Sie wird stets zur radikalen Opposition neigen. Geht sie gar mit der KPD[63] zusammen, so wäre auch im Westen die SED-Entwicklung angebahnt. Andererseits hat Schumacher es fertiggebracht, seine Leute mit einem Haß gegen die KPD zu erfüllen.

(*Adenauer*: In entscheidenden Fragen gehen sie doch zusammen.)

[*Gereke:*] Bei dieser Situation ist sehr zu erwägen, ob diese Entwicklung zur SED noch gefördert werden soll. Es wäre unzweckmäßig, von vornherein auszusprechen, daß wir mit der SPD überhaupt nicht verhandeln wollen. Wir müssen ruhig abwarten, ob die SPD unerfüllbare Forderungen aufstellt. FDP, DP und Bayernpartei sind ebenfalls sehr zweifelhafte politische Gebilde. Wir werden unter Umständen erleben, daß sie uns bei Maßnahmen, die wir unbedingt für erforderlich halten, niederstimmen. Die Situation würde viel günstiger, wenn wir eine Allianz mit der SPD nicht a limine ablehnen[64].

Adenauer: Die parteipolitischen Verhältnisse nach der Wahl sind nicht erfreulich. Es wäre sehr viel glatter gewesen, wenn wir oder die anderen eine klare Mehrheit gehabt hätten. Wir müssen die Dinge nehmen, wie sie sind. Vergleicht man die möglichen Mehrheitsbildungen, so ist es sehr zweifelhaft, ob ein Zusammengehen mit der SPD nicht noch größere Schwierigkeiten schaffen würde, im Hinblick auf ihre bisherige Politik und Agitation. Dreimal habe ich vergebens versucht, mit der SPD gemeinsame Arbeit zu schaffen: In Hamburg – durch Lüdemann[65] –, durch Frau Bähnisch[66]. Bei Ruhrstatut und Londoner

---

[61] Am 31. August 1949 (s. Anm. 69) präzisierte Simpfendörfer diese Stellungnahme dahin, daß auch er sich für die Große Koalition ausgesprochen habe. Vgl. R. Morsey, Die Bildung der ersten Regierungskoalition, S. 422.

[62] Günter Gereke, Landwirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident in Niedersachsen.

[63] Die KPD hatte aufgrund ihres Wähleranteils (5,7 v. H.) 15 Mandate erreicht.

[64] Gerekes späterer Hinweis, er sei bei der Rhöndorfer Tagung der Landesvorsitzenden (!) der einzige gewesen, der für die Wahl eines Bundespräsidenten aus den Reihen der CDU eingetreten sei und für dieses Amt Hans Schlange-Schöningen als Kandidaten vorgeschlagen habe (vgl. Anm. 14), beruht auf einer Verwechslung. Diesen Vorschlag machte er am 31. August 1949 bei einer Tagung führender Unionspolitiker in Bonn (s. Anm. 69).

[65] Ende 1947 hatte Adenauer versucht, über Hermann Lüdemann (SPD), Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kontakt mit Schumacher zu bekommen. Vgl. K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 203f.

[66] (Dorothea) Theanolte Bähnisch, seit 1947 Regierungspräsident in Hannover, 1945 Verwaltungsrechtsrat in Köln, 1946 Regierungsvizepräsident in Hannover.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Empfehlungen wollte ich mit Schumacher ins Gespräch kommen. Verhandlungen mit Heine und Ollenhauer ohne Ergebnis[67]. Ich verweise auf die Zusammenstellung der Angriffe Schumachers gegen uns, die ich Ihnen habe übergeben lassen[68]. Weder ein Gespräch, geschweige denn bestimmte Vereinbarungen waren möglich.

Wenn wir der Ansicht sind, daß unser Programm das beste ist, wenn wir das unseren Wählern tausend Mal gesagt haben, so müssen wir auch den Mut haben, Ernst zu machen, das Vertrauen unserer Wähler zu erfüllen. Schumacher wird der Führer der SPD bleiben und sich durchsetzen. Man gebe sich keinen Illusionen hin. Über eine Koalition mit der SPD dürfen wir nicht verhandeln. Wir beurteilen den deutschen Menschen, den Wähler, nicht einfach genug. Die Leute denken tatsächlich viel einfacher. Sie stellen keine großen Kombinationen an. Wir dürfen uns nicht mit der SPD zusammensetzen und die Posten verteilen. Nach meinen Beobachtungen ist überall dort, wo die CDU eine Koalition mit der SPD gebildet hat, die CDU unter den Schlitten gekommen[69]. Das liegt daran, daß der überzeugte Sozialist auch ein Materialist ist, in der Verfolgung der irdischen Zwecke rücksichtslos, während der christlich denkende Mensch höhere Ziele hat und nicht so rücksichtslos ist und deshalb unterliegt.

In der Wirtschaftspolitik haben sich klare Fronten gebildet. Das Gros der Wähler hat uns Recht gegeben. Wir können keine Kippe mit der SPD machen. Wie soll denn eine solche Zusammenarbeit aussehen? Wir müßten zugeben, daß wir in den letzten Jahren falsch gehandelt haben, daß unser soziales Ideal falsch ist. Unsere Wähler würden das letzte klare Ideal, das sie haben, verlieren. Es ist kein Mischmasch möglich. Auf dem Gebiet der Personalpolitik würde die SPD rücksichtslos ihre Forderungen stellen. In der DP sind Hellwege und Seebohm[70] ehrlich und anständig. Auch die FDP ist durch die hessische Entwicklung nicht verdorben. Auch in ihr sind föderalistische Gedanken sehr lebendig. In sechs Monaten sind Landtagswahlen. Wie können wir einen Wahlkampf gegen die SPD führen, wenn wir mit ihr zusammengehen? Wenn wir jetzt in Besprechungen mit ihr eintreten, gefährden wir den Erfolg der Landtagswahlen. Freilich wird die Situation sehr schwierig sein. Wir müssen mit der DP den Anfang eines Versuches machen[71]. Die Stellung

[67] Wegen Krankheit Schumachers hatten Adenauer und Adolf Süsterhenn am 17. Juni 1948 in Hannover mit Ollenhauer, Heine und Henssler verhandelt. Vgl. K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 142. Über seinen gescheiterten Versuch, mit der SPD zu einer gemeinsamen Stellungnahme gegen die „Londoner Empfehlungen" zu gelangen, hatte Adenauer am folgenden Tage die Vorsitzenden der übrigen Parteien in der britischen Zone informiert. StBAH 06.03.

[68] In der NZ vom 23. August 1949 hieß es, im Verlauf der Beratungen sei eine ausführliche Zusammenstellung der „abfälligen Äußerungen" Schumachers über die CDU bekanntgegeben worden. Vgl. demgegenüber die Version von Pferdmenges (bei P. Weymar, Adenauer, S. 429), wonach ein nicht genannter Teilnehmer eine „giftige Blütenlese" von Äußerungen Schumachers vorgelegt und sich darüber entrüstet gezeigt, Adenauer jedoch „diesen Bundesgenossen mit einer kurzen Handbewegung" abgetan habe.

[69] In einer Besprechung führender Unionspolitiker am 31. August 1949 in Bonn, am Vorabend der Konstituierung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (vgl. auch Anm. 61, 64), wurde Adenauer deutlicher und präzisierte gegenüber dem hessischen Abg. Heinrich v. Brentano, die Union in Hessen habe „wegen zu großen Nachgebens" gegenüber der SPD die „Quittung" bekommen: „Sie können überall feststellen, wo enge Koalition mit der SPD und die CDU in der Mehrheit war, haben unsere Wähler versagt und die CDU Schaden gelitten." Nach dem Protokoll, StBAH 12.03.

[70] Hans-Christoph Seebohm (Hannover), MdB, vorher Mitglied des Parlamentarischen Rates.

[71] In einer Pressekonferenz am 23. August 1949 erklärte Adenauer, er habe bis zur Rhöndorfer Konferenz weder mit der FDP noch mit der DP „irgendwelche Verhandlungen begonnen und

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Bundesregierung ist sehr stark. Die Würfel sind gefallen. Wir müssen sie aufnehmen, wie sie sind. Sie hätten noch schlechter fallen können. Wir müssen an die Arbeit gehen, nicht mit übergroßen Bedenken und Hemmungen. Wie energischer und selbstbewußter man ein Problem anpackt, desto besser sind die Erfolgsaussichten. Sobald man nur die geringste Schwäche zeigt, den geringsten Mangel an Selbstgefühl, ist man verloren. Ich habe zunächst auch geschwankt[72], ich bin aber nunmehr der festen Auffassung, daß wir nicht an die SPD herantreten dürfen. Der Wähler hat gesprochen, sein Befehl muß ausgeführt werden[73].

Dichtel[74]: Der Wahlkampf wurde unter wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten geführt. Die Entscheidung der Wähler war eine kulturell-religiöse. Wenn Arbeitnehmer uns gewählt haben, so nicht wegen der Erhardschen Wirtschaftspolitik, sondern aus religiösen Gründen[75]. Daß wir an der Erhardschen Wirtschaftspolitik festhalten, ist klar. Auf kulturellem Gebiet ist aber die DVP[76] mindestens so unzuverlässig wie die SPD. Eine unsichere, auf schwankenden und nicht voll zuverlässigen Mehrheiten beruhende Koalition würde uns auf allen Gebieten schaden. Freilich läßt die Haltung des Herrn Schumacher ein Zusammengehen mit seiner Partei höchst unsicher erscheinen. Es liegt aber andererseits an der CDU, wie die Haltung der SPD künftig sein wird. Es ist schwer, aber zweifellos möglich, von ihr eine positive Haltung künftig zu erreichen. Keinesfalls darf man eine Ehe mit der DVP eingehen. Wir müssen zunächst abwarten, was die SPD in Dürkheim beschließt[77]. Wir dürfen ihr aber die Opposition nicht dadurch erleichtern, daß wir von vornherein Verhandlungen ablehnen.

Adenauer: Die Haltung der FDP in kulturellen Fragen ist sehr unterschiedlich. Sicher steht aber die SPD auf einem viel tieferen Standpunkt in kulturellen Fragen als die FDP. Hier ist

---

gepflogen". Vgl. Anm. 9. Am 17. August 1949 hatte der Vorsitzende der DP, Hellwege, mitgeteilt, daß bisher keine andere Partei an die DP herangetreten sei, um über eine Regierungskoalition zu verhandeln. Vgl. F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 87.

[72] Am 23. August 1949 hieß es in der NZ, Adenauer sei zunächst von den Argumenten Arnolds derart beeindruckt gewesen, daß er „vorübergehend in seiner Haltung" schwankend geworden sei. Vgl. auch F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 76: Arnold habe sich offensichtlich bei Adenauer mit seinen außenpolitischen Argumenten für eine Große Koalition „zunächst" durchgesetzt.

[73] Adenauer hatte am Tage nach der Wahl in einer von allen Nachrichtenagenturen erbetenen Stellungnahme das Wahlergebnis dahin interpretiert, daß „die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes von dem Sozialismus in allen seinen Schattierungen nichts wissen will. Die Wahlen bedeuten eine klare Absage an den Sozialismus". Verschiedene Zeitungen hatten den Abdruck dieser Stellungnahme überschrieben „Absage an den Sozialismus".

[74] Anton Dichtel (Freiburg), Vorsitzender des CDU-Landesverbands Südbaden.

[75] Schumacher kommentierte den Wahlausgang in einem Privatbrief vom 24. August 1949 so: Nicht die Frankfurter Wirtschaftspolitik habe der SPD „so sehr geschadet", sondern die „kämpfende Kirche", die „nur die Neuregelung und Ausweitung der kirchlichen Rechte im Auge hat"; hinzu komme die britische Demontagepolitik. Zitiert bei F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 70, sowie (ohne Hinweis auf den Erstdruck) bei Hartmut Soell, Fritz Erler. Bd. 1, Berlin 1976, S. 559.

[76] Demokratische Volkspartei (DVP). Die FDP in Württemberg-Baden führte diesen Namen.

[77] Für den 29./30. August 1949 waren die Führungsgremien der SPD zu einer Konferenz nach Bad Dürkheim einberufen worden.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die SPD unser Todfeind. Man betrachte nur ihre Haltung in Fragen der Familie, Ehe und Schule im Parlamentarischen Rate[78]. Die heutige SPD ist in die Zeit vor 1914 zurückgefallen. Kulturfragen werden im übrigen auf der Landesebene entschieden. Die Rücksicht auf die bevorstehenden Landtagswahlen muß eine große Rolle spielen. Nach meiner Meinung können wir nach einem derart gemein geführten Wahlkampf nicht an sie herantreten. Das fordert die Selbstachtung der Partei. Man hat uns in gemeinster Weise beschimpft, wir stünden im Dienste des Besitzes[79].

Blank[80]: Die Meinung der Gewerkschaftsführung ist ganz eindeutig. Böckler[81] hat in Gelsenkirchen eindeutig erklärt[82], daß die Arbeiter sich nicht vor den Unternehmerkarren spannen lassen. Das Geschrei ginge mehr um die verlorenen Fabriken als um die Arbeiter. Dabei ist klar, daß die Arbeitslosigkeit nicht eine Folge unserer Wirtschaftspolitik ist, sie ist vielmehr durch diese nur offenbar und erkenntlich geworden. Die marktwirtschaftlichen Prinzipien können nicht in die Ecke gestellt werden. Geld- und Kreditpolitik und ihr Zusammenhang mit der Arbeitslosenfrage. Als es sich in Frankfurt um die Schaffung des Preisamtes handelte, hat Arnold völlig versagt[83]. Die Bedeutung dieser Frage hat man

[78] Dazu vgl. Kampf der CDU im Parlamentarischen Rat, veröffentlicht vom Zonensekretariat der CDU der britischen Zone, Köln (1949), S. 9. In einem Schreiben vom 31. August 1949 an Verbandspräses Hermann-Josef Schmitt (Köln) widersprach Adenauer den von Schmitt übermittelten Bedenken kirchlicher Kreise gegen eine Regierungsbildung ohne SPD. Deren Vertreter hätten sich im Parlamentarischen Rat „ganz offiziell gegen Ehe und Familie" ausgesprochen und beide als „überholte Einrichtung" bezeichnet. Nur mit Hilfe der FDP sei es gelungen, unter den Grundrechten den Schutz der Ehe und Familie usw. aufzunehmen. Vgl. Anm. 32. Ferner K. Adenauer, Erinnerungen *1945–1953*, S. 217.

[79] Die Neue Zürcher Zeitung hatte Schumachers Wahlreden als „Amoklauf gegen alle Andersdenkenden" kommentiert. Zitiert im Informationsdienst des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone Nr. 32 vom 11. August 1949. Am 16. August hatte Jakob Kaiser erklärt, das Volk habe die „Beleidigungen" nicht mehr ertragen können, die ihm Schumacher durch seine Reden zugefügt habe. Deutschland-Union-Dienst Nr. 162 vom 16. August 1949.

[80] Theodor Blank (Dortmund), Vorstandsmitglied der IG Bergbau, Mitglied des Wirtschaftsrats, MdB. Am 17. August hatte Adenauer seinen Stellvertreter im Amt des Vorsitzenden der CDU der britischen Zone, Holzapfel, telegrafisch nach Rhöndorf eingeladen und angefügt: „Würden Sie empfehlen, Blank zuzuziehen?" StBAH 06.07. Eine Antwort Holzapfels ist nicht zu ermitteln (er hat vermutlich telefonisch seine Teilnahme an der Konferenz abgesagt). Blank war von Adenauer am 18. August telegrafisch eingeladen worden. Ebenda. Einen Tag später, 19. August, hatte der Oberbürgermeister von Siegen, Bach, Adenauer telegrafisch gebeten, anstelle des verhinderten Holzapfel „für den Evangelischen Ausschuß Westfalens" den Direktor der Diakonissenanstalt in Bethel, Johannes Kunze, einzuladen. Adenauer hatte diese Bitte am 20. August mit der Begründung abgelehnt, daß sich daraus „zuviele Konsequenzen" ergeben hätten. StBAH 07.26.

[81] Hans Böckler (Köln), Vorsitzender des bizonalen Gewerkschaftsrats.

[82] Offensichtlich im Verlauf des Wahlkampfs.

[83] Die vom Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets auf Antrag von Nordrhein-Westfalen am 28. November 1948 geforderte Errichtung eines Preisamts war vom Wirtschaftsrat am 14. Dezember abgelehnt worden. Vgl. Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950. Teil II, Boppard 1964, S. 207f. Daraufhin hatte Arnold am 23. Dezember das Verhalten des Wirtschaftsrats (und indirekt auch das des Verwaltungsrats) scharf kritisiert und seinen Antrag wiederholt, der vom Wirtschaftsrat am 19. Januar 1949 erneut abgelehnt wurde. Am gleichen Tage hatte Pünder an Adenauer geschrieben, dieser „Frankfurter Sieg" bedeute eine „arge Niederlage" für Arnold. Vgl. D. Hüwel, Arnold, S. 148f.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damals nicht erkannt. Die Arbeitslosenfrage ist eine Frage der Kapitalausstattung. Wir haben eine unorganische Sozialpolitik, weil wir es nicht verstanden haben, eine vernünftige Personalpolitik zu betreiben. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Sind wir uns eigentlich in sozialpolitischer Beziehung selbst suspekt? Durch gescheite Wirtschaftspolitik vernünftige Sozialpolitik. Ich bin der Auffassung, daß wir die Arbeiter künftig mit unserer richtigen Wirtschaftspolitik ansprechen. Es muß aufhören, SPD und Sozialpolitik zu identifizieren. Die SPD hat schon in Frankfurt eine hemmungslose Opposition betrieben. Deshalb haben wir die Stimmen unserer Wähler bekommen. Wer von uns glaubt im Ernst, daß auf die Dauer mit einer so steril gewordenen Partei wie der SPD eine vernünftige Politik gemacht werden kann? Die Politik der englischen Labourparty steht vor dem Zusammenbruch. Sollen wir jetzt nach ihrer Niederlage die SPD in den Sattel heben? Was ich sage, ist die Stimme der Arbeiterschaft.

Erhard[84]: Die SPD hat sich in Frankfurt jeder vernünftigen Maßnahme widersetzt. Es ist mir völlig unmöglich, in der Praxis mit der SPD zu gehen, selbst wenn die SPD grundsätzlich umschwenken würde. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse werden sich in den nächsten Jahren entscheidend bei uns bessern. Ich habe in der ganzen Welt herumgesehen und gesprochen. Auch mit Gewerkschaften in den USA[85]. Es geht wie ein roter Faden durch alle Besprechungen und Erklärungen. Man wünscht nichts anderes und ist glücklich, daß wir einen ganz klaren wirtschaftlichen Kurs steuern und eine Demokratie nach angelsächsischem Muster machen.
Wir werden große Erfolge erzielen. Die SPD wird künftig noch weniger Geschäfte machen. Die ganze in der Welt herrschende Tendenz stützt uns. Ich habe in den letzten Tagen das Telefon abgestellt, weil ich mich der Proteste nicht erwehren konnte, als bekannt wurde, daß auch nur der Gedanke einer Großen Koalition erwogen wird. Eine Große Koalition ist nicht möglich[86]. Die FDP würde nicht mitmachen. Wir würden unsere Flanke gegen die SPD öffnen und nach rechts gegen die FDP würde eine Sintflut über uns hereinbrechen. Eine Große Koalition wäre ein Selbstmord der CDU, wenn sie beide entscheidenden Flanken aufreißt. Wir können mit der SPD niemals zu einer Zusammenarbeit kommen.

[84] Dazu vgl. Ludwig Erhard, Konrad Adenauer und seine Republik, in: Deutsche Zeitung vom 26. Dezember 1975: „Als ich am 21. August 1949 die Treppen ... in Rhöndorf hinaufging, war ich nicht im Zweifel darüber, daß der erste Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard heißen würde." Absurd die Annahme von Michael K. Caro, Erhard habe an der Rhöndorfer Zusammenkunft „seltsamerweise" nicht teilgenommen (Der Volkskanzler Ludwig Erhard, Köln 1965, S. 116).

[85] Erhard war im April und Mai 1949 vier Wochen lang in den USA gewesen. Vgl. J. M. Lukomski, Erhard, S. 106.

[86] Erhard hatte bereits am Tage nach der Wahl eine Regierungsbildung ohne SPD als durch das Wahlergebnis gerechtfertigt bezeichnet (NZ vom 16. August 1949) und am 17. August seine telegrafische Zusage zur Teilnahme an der Rhöndorfer Konferenz mit dem Hinweis verbunden, daß das Wahlergebnis eine „eindeutige Bestätigung unserer Politik" darstelle: „Klarer Kurs darum geboten." StBAH 06.07. Nach einem Gespräch mit Adenauer am 19. August 1949 (vgl. Anm. 38) hatte Erhard eine Große Koalition „auf Kosten unserer Wirtschaftspolitik" ausgeschlossen, jedoch nach einer zweiten Unterredung mit Adenauer am gleichen Tag seine Ansicht dahingehend modifiziert, daß diese nicht als eine „grundsätzliche Ablehnung einer SPD-CDU-Koalition" gedeutet werden könne. Vgl. NZ vom 20. August 1949. In der gleichen Ausgabe der NZ erschien ein langer Artikel von Erhard, Die Zukunft der deutschen Wirtschaftspolitik, mit scharfen Angriffen gegen das „sozialistische Dogma der Planwirtschaft".

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wir müssen heute klar zu erkennen geben, daß es mit dem Schielen nach der Großen Koalition ein für allemal zu Ende ist. Sonst wird noch mehr Porzellan zerschlagen.

Adenauer: Ich kann nur unterstreichen, was Erhard über die Haltung der FDP gesagt hat. Heuss geht nicht in eine Koalition mit der SPD[87]. Die FDP hat einen großen Stimmenzuwachs erhalten. Wir dürfen ihr nicht die Leute für die nächsten Wahlen zutreiben. Wir sind die Sieger und wir wollen unsere Meinung heute offen sagen. Wenn wir es uns auch nicht leicht machen wollen.

Erhard: Was Blank gesagt hat, ist richtig. Die CDU muß als die große soziale Partei auftreten. Wir müssen die angebliche Identität zwischen Arbeiterschaft und SPD aufreißen. Der Begriff sozial ist nicht an die SPD verpachtet. *Wir* müssen wirkliche soziale Politik treiben. Das ist dann der Tod der SPD. Wenn wir aber jetzt eine Koalition mit der SPD machen, kann die CDU nur verlieren.

Adenauer: Die SPD würde in der Bundesregierung das Innen- und das Finanzministerium fordern. Das können wir ihr unter keinen Umständen zugeben.

Scharnberg[88]: Keine Koalition mit der SPD: Klärung so schnell wie möglich. Man kann nicht von einer Notstandssituation reden, um die Große Koalition zu rechtfertigen. Ein Notstand besteht höchstens außenpolitisch. Wir müssen die SPD von innen untergraben, indem wir eine scharfe soziale Politik machen. Wirtschaftspolitische Leitsätze[89]. Gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht. Die SPD hat kein Wirtschaftsprogramm. Ich habe keine Angst vor ihrer Opposition. Die DP hat ihren Wahlerfolg aufgrund gemeiner und niederträchtiger Lügen erlangt. Der Spitzenkandidat der DP in Hamburg[90] ist ein KPD-Mann. Die Deutsche Partei müssen wir aus der Koalition herauslassen.

Schröter: Am Anfang darf keine deutsche Minderheitsregierung stehen. Wenn wir die DP nicht in die Regierung hineinnehmen, machen wir einen großen Fehler. Schon Stresemann hat am Ende zugegeben, daß er einen großen Fehler gemacht hat, indem er die Deutschnationalen nicht in die Regierung hereingenommen hat[91]. Die 17 Leute der DP werden wir in

---

[87] Das hatte Theodor Heuss, Vorsitzender der FDP und MdL (Baden-Württemberg) sowie MdB, nach dem Wahlausgang verschiedentlich bestätigt, ebenso sein Stellvertreter Franz Blücher, MdL Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Wirtschaftsrats und MdB. Bereits am 17. August 1949 hatte die Rhein-Neckar-Zeitung einer Koalitionsregierung von CDU, CSU, FDP und DP die „größten Chancen" eingeräumt. Heuss war einer der drei Lizenzträger dieser Zeitung. Zur Meinungsbildung der FDP vgl. F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 86f.

[88] Bankdirektor Hugo Scharnberg, Vorsitzender der CDU in Hamburg, MdB.

[89] Die Leitsätze der CDU zur Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Sozial- und Wohnungsbaupolitik mit ihrem Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft, verabschiedet am 15. Juli 1949 in Düsseldorf, hatten das Wahlprogramm der Unionsparteien gebildet. Druck: Christliche Demokratie in Deutschland (Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, Bd. 7), Melle 1978, S. 742ff.

[90] Albert Walter, Seemann, vor 1933 Gewerkschaftsführer der Seeleute- und Hafenarbeitergewerkschaft.

[91] In der in Anm. 69 erwähnten Sitzung führender Unionspolitiker am 31. August 1949 in Bonn erklärte Schröter, er habe in Rhöndorf darauf verwiesen, daß es Stresemann ein halbes Jahr vor seinem Tode (gest. 4. Oktober 1929) als Fehler bezeichnet habe, „daß er die Deutschnationalen nicht zur rechten Zeit in die Verantwortung genommen hat aus außenpolitischen Gründen".

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Regierung bestimmt verdauen. Es war ein Fehler, daß man in Niedersachsen die DP hat aus der Regierung aussteigen lassen[92]. Die Koalition CDU/FDP/DP fordert von uns keine Opfer. Sie wird keine Schwierigkeiten ergeben.

Hilpert[93]: Die nächsten sechs Monate sind entscheidend. Was steht auf den Gegenwertskonten[94], wie ist es mit den Investitionen? Baumarkt. Wir sind überall hereingefallen. Vorfinanzierung? Einige ganz sichtbare Dinge müssen jetzt geschehen, dann brauchen wir uns den Kopf nicht zerbrechen. Wir sind mit der Nase am Schleifstein. Situation viel ernster als man zugibt. Wenn man keine Koalitionsgespräche will, muß man jetzt schon herauswinken und eine Mehrheit schaffen. Ein Minderheitskabinett scheidet völlig aus. Der Wahlerfolg beruht wesentlich auf der christlichen Propaganda, dem christlichen Kitt, nicht unbedingt auf der Wirtschaftspolitik. Für weite Teile der Bevölkerung sind die wirtschaftlichen Verhältnisse noch völlig unbefriedigend. Mindestens feste Koalition mit DP.

Kaufmann:[95] Große Koalition der bequemste Weg des Regierens. Blick in die Vergangenheit. Weil wir diesen bequemen Weg gegangen, kamen wir zu 1933. Daß England und USA immer klare Mehrheitsbildung hatten, ist nicht nur der Einsicht und Mehrheitswahlrecht zu danken, sondern [auch der Tatsache,] daß sie niemals Koalitionsregierung hatten. Große Koalition bedeutet Parteizersplitterung, Neugründung von Parteien, immer weitere Parteien, noch schwierigere Verhältnisse. Ganz klare Verhältnisse, nichts Verwaschenes.

Köhler: Wir müssen uns mit dem Procedere und Presseerklärung befassen. Presse erwartet Äußerung. Wir dürfen der Fraktion nicht vorgreifen[96]. Öffentlichkeit muß aber sehen, daß der hier versammelte Kreis eindeutigen Standpunkt vertritt.

Adenauer: Maßgebliche Presseleute warten. Dank an Berlin. Treten für Erfüllung des von den Wählern erteilten Auftrags ein.

Strauß[97]: Politische Gründe sprechen gegen Koalition mit SPD. Wir können uns gegen andere Parteien nur halten, wenn wir klaren, nicht sozialistischen Kurs steuern und durchhalten, vor allem gegenüber Bayernpartei. Wenn wir nicht gegen SPD sind, schwerste Einbuße. Man wird in Bayern sagen: „So haben sie euch belogen", wenn wir mit SPD

---

92 Bei einer Regierungsumbildung am 9. Juni 1948. Vorher hatte Seebohm als Minister für Arbeit, Aufbau und Gesundheit der Regierung Kopf (SPD) angehört.

93 Das Folgende bis zum Schluß von G. Müller eigenhändig aus seinem Stenogramm übertragen. Vgl. Anm. 24.

94 Gemeint: Gegenwert der von alliierter Seite veranlaßten Notstandszufuhren (GARIOA-Lieferungen) und der ERP-Güter, der devisenmäßig gestundet und von den inländischen Verbrauchern in DM bezahlt wurde. Die entsprechenden Beträge, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau verwaltet, wurden der Wirtschaft als Darlehen für Wiederaufbauvorhaben zur Verfügung gestellt. Vgl. Tilman Pünder, Das bizonale Interregnum, Waiblingen 1966, S. 247.

95 Edmund Kaufmann, Finanzminister in Stuttgart, Mitglied des Wirtschaftsrats.

96 Die CDU/CSU-Fraktion konstituierte sich am 1. September 1949 in Bonn.

97 Franz Josef Strauß, Generalsekretär der CSU, Mitglied des Wirtschaftsrats, MdB. F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 79, zitiert (ohne Datum) einen Brief von Strauß, wonach er für die Teilnahme in Rhöndorf von Ehard „weitgehende Vollmachten" erhalten hatte.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gehen. Der alte Kuhhandel der müden Weimarer Parteien muß aufhören. Man wird uns ein Zusammengehen mit CDU unmöglich machen, wenn hier ein engeres Gespräch mit SPD zustande käme. Wir müssen mit DP in Verbindung treten. Dadurch Isolierung der Bayernpartei[98].

Adenauer: Wir sollten DP wissen lassen, daß Mindeststärke einer Fraktion 15 [Mitglieder] ist.

Müller[99]: Für Große Koalition, mindestens Vorschlag an SPD. Wenn sie ablehnt, trifft sie Schuld. Spannungen innerhalb SPD sehr groß. Schumacher wird weitgehend für Niederlage verantwortlich gemacht. Auseinandersetzung der maßvollen Kräfte innerhalb SPD (Schmid[100], Kaisen[101], Kopf, Stock) mit radikalem Flügel muß erfolgen und ist aussichtsreich. Völlig unmöglich, im Hinblick auf große Aufgaben SPD in Opposition zu treiben, zumal Kleine Koalition in sich uneins, unharmonisch und von kleinen Splittergruppen abhängig ist. SPD wird sich mit Erhard abfinden.

Adenauer: Ganze Situation unsagbar schwer. Habe denkbar größte Sorgen. Welcher Weg bietet die bessere Aussicht zur Meisterung der Aufgaben? Bin unsicher über den Weg, der Schicksal der Partei bedeutet. Vertrauen der Wähler zu verscherzen wäre das schlimmste. Mit den Parteien, die mich so beschimpft haben, kann ich mich nicht zusammensetzen. Das moralische Vertrauen der Wähler zu gewinnen, ist ungeheuer schwer. Nach vier Jahren sind wir 1949 die stärkste Partei geworden. Den Schatz an Vertrauen dürfen wir nicht vertun.

Kaiser[102]: SPD hat Niederlage erlitten. Schumacher ist Unglück für Deutschland. Es wird schwierig für den Bundeskanzler werden, wenn sich eine große Partei querlegt. Aber nach der heutigen Debatte gibt es nichts anderes, als entschlossen den Weg zu gehen, den siegreiche Partei gehen muß, einen eigenen Weg. SPD muß von dem Hochmutsteufel herunter. Der Arbeiterflügel (der CDU?) wird in den Prellbock hineinkommen. Diese Auseinandersetzung mit der SPD muß einmal kommen. Die Arbeiterschaft hat mit unglaublicher Bravour gewählt. Adenauer muß noch in dieser Woche sich vor der Öffentlichkeit mit einer großen politischen Konzeption äußern. Nicht bloß von Wirtschaft, sondern

---

[98] Nach späteren Mitteilungen von Strauß (Gedanken über Konrad Adenauer, S. 190; Honnefer Rede 1976, S. 20) hat er in Rhöndorf auch darauf verwiesen, daß die SPD im September 1947 unter „ziemlich fadenscheinigen Vorwänden" die Regierung verlassen und die CSU „auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Not" habe sitzenlassen. 1976 formulierte Strauß, seine Rhöndorfer Erklärung sei durch die Haltung Ehards „nicht ganz" gedeckt gewesen. Gedanken über Konrad Adenauer, S. 191. Vgl. auch Anm. 40 und 156.

[99] Gebhard Müller, Landesvorsitzender der CDU in Württemberg-Hohenzollern, seit 13. August 1948 Staatspräsident (als Nachfolger des am 4. August verstorbenen Lorenz Bock). Nach einer Mitteilung von Prof. Dr. Gebhard Müller hat er seine eigenen Ausführungen – im Stenogramm nur mit seinem Namen vermerkt – bei der Übertragung aus dem Gedächtnis eingefügt. Über seine Argumentation vgl. das im Dok. Nr. 5 abgedruckte Schreiben.

[100] Carlo Schmid, Mitglied der von Müller geleiteten Koalitionsregierung in Tübingen, MdB.

[101] Wilhelm Kaisen, Bürgermeister von Bremen.

[102] Jakob Kaiser, prominenter Berliner Unionspolitiker, seit seiner Absetzung durch die Sowjets als Vorsitzender der CDU in der SBZ (Ende 1947) ohne Möglichkeit, dieses Amt auszuüben, MdB.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von dem Gehalt der Partei sprechen. Man darf nicht ohne Mehrheit beginnen. Warum spricht man nicht vom Zentrum[103]? Ich stimme mit der Auffassung der Mehrheit überein. Wir müssen unseren Weg gehen, SPD zum Anstand erziehen[104].

Adenauer: Die Landtagsfraktionen[105] bleiben solange unberührt, als dort keine Obstruktion gegen Bundesregierung getrieben wird. Wenn ja, die Konsequenzen [ziehen]. Zentrum hat zum Schluß ein bodenlos gemeines Flugblatt herausgegeben, so daß wir nicht mit dieser Fraktion verhandeln können. Wenn sie wollen, können sie zu uns kommen. Frau Wessel[106] ist mit Haß gegen uns erfüllt. Stimmung überwiegt, daß wir mit DP verhandeln. Zunächst allerdings mit FDP, vorsichtig auch mit DP. Wir müssen der DP, um sie von der Bayernpartei abzuhalten, mitteilen, daß wir für Festsetzen der Fraktionsstärke auf 15 eintreten.

Ein von Köhler verfaßtes *Pressekommuniqué*[107] wird beraten.

Kaiser dazu: Wir sind der Öffentlichkeit schuldig, daß wir etwas mehr sagen als bisher. Wer ist dazu autorisiert? Bestimmt, aber mit aller Vorsicht.

Bundespräsident und Bundeskanzler

Adenauer: Herr Finck[108] hat in Landau eine ganz nichtsnutzige Rede in dem Sinne gehalten, daß ich Bundespräsident werde[109]. Die wichtigste Persönlichkeit ist der Bundeskanzler. Präsident soll ein anderer werden, ich will Kanzler werden[110]. Ich bin 73 Jahre. Aber

[103] Das Zentrum hatte mit 3,1 v. H. der Wählerstimmen 10 Bundestagsmandate erreicht.

[104] Danach ist Erich Kosthorst (Jakob Kaiser, Stuttgart 1972, S. 70) zu korrigieren, wenn er schreibt, daß Kaiser „nur noch taktisch-verbal" für die Große Koalition eingetreten sei. Später (1976) hat auch Strauß – neben Altmeier, Hilpert und G. Müller – Jakob Kaiser zu den Vorkämpfern für eine Große Koalition gezählt (vgl. Anm. 16), ebenso wie 1971 Altmeier das getan hatte. Vgl. K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 353.

[105] Gemeint: die Regierungskoalitionen in den einzelnen Landtagen. Am 31. August (s. Anm. 9) verdeutlichte Adenauer: Nur für den Fall, daß in den Ländern durch den SPD-Koalitionspartner die Politik der Bundesregierung „lahmgelegt oder außerordentlich erschwert würde", müßte man mit dem Koalitionspartner „ein deutliches Wort" sprechen, „das übrige aber dem Lauf der Entwicklung" überlassen.

[106] Helene Wessel (Werl), Vorsitzende des Zentrums, MdL Nordrhein-Westfalen, MdB.

[107] Ein Entwurf liegt nicht vor, so daß nicht feststellbar ist, ob diese Fassung vom publizierten Text (vgl. Anm. 2) abweicht.

[108] Albert Finck (Hambach bei Neustadt/Weinstraße), MdL Rheinland-Pfalz, vorher auch Mitglied des Parlamentarischen Rates. Finck war am 17. August telegrafisch eingeladen worden.

[109] Bei einer Wahlkundgebung am 9. August 1949 in Landau hatte Finck den Gastredner Adenauer als künftigen Bundespräsidenten angekündigt. Die Rheinpfalz (Ludwigshafen) hatte am 11. August berichtet, Finck habe Adenauer als „möglichen ersten Baumeister des neuen Vaterlandes" gefeiert. In der Landauer Lokalausgabe des Blattes war die Wahlkundgebung nicht erwähnt. In den Erinnerungen des betreffenden Redakteurs, Walter Hück, heißt es, Finck habe Adenauer als „kommenden Bundespräsidenten" angekündigt, ohne damit allerdings Aufsehen zu erregen (Das unvollendete Vaterland, Neustadt/W. 1979, S. 16). Am 11. August hatte sich Finck bei Adenauer für das „große Opfer" zugunsten der CDU in der Pfalz bedankt – die Wahlversammlung in Landau sei von 4000 Personen besucht gewesen – und die Rheinpfalz vom 11. August übersandt. Adenauers Antwort vom 13. August: Er denke an die Versammlung „mit großer Freude" zurück und stände bei Gelegenheit „gerne wieder" zur Verfügung. StBAH 07.26.

[110] Nach den in Anm. 109 zitierten Erinnerungen von W. Hück hat Adenauer am 9. August in

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ich würde das Amt des Kanzlers annehmen[111], weil 1. der Bundespräsident aus dem Parteileben ausscheiden muß, der Kanzler nicht[112]. Ich habe in der britischen Zone Autorität. Unsere Partei [ist] noch nicht so gefestigt, daß wir die großen Aufgaben auf die Dauer bei meinem Ausscheiden erfüllen können, die uns der vorige Sonntag gestellt hat. Gute Zusammenfassung auf die Dauer erforderlich. 2., Ich verfüge über gewisse Erfahrung in staatlichen Dingen und in der Verwaltung, 3., habe stärkere Ellbogen, als ich früher geglaubt hätte[113].

Hilpert: Bundeskanzler ist das wichtigste Amt. Entscheidend auch Präsident des Bundesrates. Er ist im Anfang tragendes Element. Einheitliche Stimmabgabe. Wir müssen auch im Bundesrat zum Ziele kommen. Man rechne Mehrheit aus. Höchstens 20 Stimmen für uns. Bundesrat in Koalitionsverhandlungen einbeziehen!

Adenauer: Streit Bonn–Frankfurt[114] darf nicht in den ersten zwei Wochen ausgetragen werden. Eventuell Antrag in Ausschuß verweisen. Würde sofort darüber abgestimmt, dann

---

Landau auf seine entsprechende Frage hin die Erreichung des Kanzleramts als sein Ziel bezeichnet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Finck vor allem deswegen nach Rhöndorf eingeladen worden ist, um Adenauer als Anknüpfungspunkt für die Behandlung der Personalfrage zu dienen.

111 H. Pünder überliefert diese Passage Adenauers in folgender – nach seiner Darstellung von ihm sofort stenografisch festgehaltenen – Form: „Man hat mich dazu vermocht, mich für die Stellung des Bundeskanzlers zur Verfügung zu stellen. Ich bin trotz meiner Jahre grundsätzlich hierzu bereit, möchte dies aber nur mit Ihrer Zustimmung tun." Von Preußen nach Europa, S. 409. Ähnlich die Wendung, die Adenauer am 23. August bei einer Pressekonferenz in Bonn benutzte (vgl. Anm. 9), und zwar im Anschluß an den Hinweis, daß Erhard in Rhöndorf als Bundeswirtschaftsminister genannt worden sei: „Dann hat man mich auch dazu bekommen, daß ich Bundeskanzler werden solle." Die Entscheidung bleibe jedoch der Bundestagsfraktion überlassen. Vgl. auch Anm. 113.

112 Vgl. dagegen die sowohl von Pferdmenges (bei P. Weymar, Adenauer, S. 431) als auch von Adenauer (Erinnerungen 1945–1953, S. 228) überlieferte Version, wonach Adenauer berichtet hätte, er habe bereits mit seinem Arzt Prof. Paul Martini – bei Pferdmenges ohne Namensnennung – gesprochen und dieser wegen des Alters des Unionspolitikers keine Bedenken geltend gemacht: „Er meint, auch für zwei Jahre könne ich das Amt ausführen." (Im Rückblick von 1962 stellte Adenauer diesen Sachverhalt folgendermaßen dar: 1949 habe er Professor Martini gefragt, „ob er wohl glaube, daß ich trotz meines Alters noch ein Jahr lang die Arbeit leisten könne. Er hat mich pflichtgemäß untersucht und mir dann gesagt – und das hat mich sehr beruhigt –, Sie werden sicher anderthalb Jahre lang die Arbeit leisten können." 11. Bundesparteitag der CDU. 2.–5. Juni 1962 in Dortmund, Hamburg 1962, S. 17.) Adenauer hatte Martini dringend zu einer Kandidatur für den Bundestag geraten, dieser aber (Schreiben vom 11. Juli 1949 an Adenauer) aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt. StBAH 07.07.

113 Nach Adenauers Bericht (Erinnerungen 1945–1953, S. 228) hat „einer der Anwesenden" seine Ausführungen über die Besetzung der Ämter des Bundespräsidenten und des Kanzlers unterbrochen und ihn selbst als Bundeskanzler vorgeschlagen. Dieser auch von Pferdmenges (bei P. Weymar, Adenauer, S. 431) namentlich nicht genannte „eine" war offensichtlich Pünder (vgl. Anm. 13). Am 5. September 1949 schrieb Adenauer einem Verwandten, da das GG eine starke Einflußnahme des Bundespräsidenten auf die Arbeit des Bundeskanzlers ausgeschlossen habe, habe er sich dazu verstehen müssen, das Amt des Kanzlers für sich „in Aussicht zu nehmen". Vgl. R. Morsey, Adenauer und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland, S. 121 Anm. 201.

114 Um die Frage des endgültigen Bundessitzes, nachdem sich der Parlamentarische Rat am 10. Mai 1949 mit 33 : 29 Stimmen für Bonn entschieden hatte.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rein politische, nicht mehr sachliche Frage. Fraktionssekretariat mit vier erstklassigen Kräften (technisch, wirtschaftlich, sozial, politisch) unerläßlich. Nicht Abgeordnete. Theophil Kaufmann[115] als Chef?
SPD wird CDU-Mann nicht zum Bundespräsidenten mitwählen. Es können auch nicht beide, Kanzler und Präsident, katholisch sein. Heuss?

Horlacher[116]: Heuss stößt bei uns auf Schwierigkeiten[117]. Kabinett[118]. Er muß sachlich, vorbildlich objektiv wie Ebert sein.

Adenauer[119]: Bundespräsident schlägt den Kanzler vor. Während der Verhandlungen müßte vereinbart werden, daß Bundespräsident in den vier Jahren der Wahlperiode einen CDU-Mann vorschlägt, wenn der erste Kanzler wegfällt.

Kaiser: Warum nicht Persönlichkeit aus SPD-Lager als Bundespräsident[120]? Bin über Bedenken gegen Heuss erstaunt. Hat ausgezeichnete Eigenschaften für ein solches Amt. Er hat CDU in Heidelberg mitbegründet[121]. Hat in Berlin Gespräche mit uns geführt. Innerer Respekt vor Christentum. Seine Besuche in Maria-Laach[122].

[Köhler, Kaiser und Erhard werden mit der Abfassung einer Presseerklärung betraut[123].]

---

115 MdL Württemberg-Baden, Mitglied des Wirtschaftsrats, kein MdB.

116 Michael Horlacher, Präsident des Bayerischen Landtags, stellvertretender Landesvorsitzender der CSU, MdB. Horlacher war mit erheblicher Verspätung und mit den „Überresten eines großen Rausches" in Rhöndorf eingetroffen, wie F. J. Strauß 1971 erläuterte; als Horlacher gekommen sei, „war Schluß". Vgl. K. Dreher, Der Weg zum Kanzler, S. 356.

117 Nach Pferdmenges (bei P. Weymar, Adenauer, S. 431) hat ein „bayerischer Vertreter" eingewandt, daß Heuss „nicht gerade kirchenfreundlich eingestellt sei", und von Adenauer die Antwort erhalten: „Aber er hat eine sehr fromme Frau, das genügt." Ähnlich bei K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 228. Über unioninterne Opposition unmittelbar vor der Wahl von Heuss zum Bundespräsidenten (am 12. September 1949) vgl. R. Morsey, Adenauer und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland, S. 37, 122.

118 Vermutlich gemeint: Heuss könne hingegen dem Kabinett angehören.

119 Bei K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 228, heißt es, er habe auf die Frage, ob Heuss denn schon von dem Vorschlag seiner Kandidatur wisse, erwidert, er, Adenauer, habe „leider bisher noch keine Gelegenheit gehabt", mit dem FDP-Politiker darüber zu sprechen.

120 Nach den in Dok. Nr. 3 und Nr. 6 abgedruckten Schreiben G. Müllers und Adenauers hat sich Kaiser dabei auf das österreichische Beispiel berufen.

121 Dazu vgl. Gerd Hepp, Die CDU im Landesbezirk Nordbaden, in: Die CDU in Baden-Württemberg, hrsg. von Paul-Ludwig Weinacht, Stuttgart 1978, S. 117.

122 Nach einem Hinweis von Herrn Prof. Dr. Gebhard Müller vom 27. März 1980 bildet der folgende Satz – den er 1949 nicht mehr in Langschrift übertragen hat – den Abschluß seiner stenographischen Aufzeichnungen.

123 Nach dem Bericht des Berliner Kurier vom 22. August 1949 hat Blankenhorn den in der Nähe des Hauses wartenden Reportern beim Verteilen des Pressekommuniqués (vgl. Anm. 2) gezielte Hinweise gegeben, welche Teile dieses „unscharf formulierten" Textes als wichtig anzusehen seien. Deswegen habe (so Arnold J. Heidenheimer, Adenauer and the CDU, The Hague 1960, S. 181) die Presse den letzten Satz hervorgehoben, wonach aus der vom Wahlausgang gebotenen Fortsetzung der Politik der Sozialen Marktwirtschaft bei der Bildung der Bundesregierung die Konsequenzen

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument Nr. 2

22. August 1949: Staatsminister Dr. Werner Hilpert (Wiesbaden) an Adenauer

StBAH 06.07, Maschinenschrift. ACDP I-021-002, Durchschlag[124].

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!

Ich nehme an, daß Ihnen in der Zwischenzeit die Berichte der Presse über die gestrige Sitzung in Rhöndorf zugegangen sind[125]. Sie hatten ausdrücklich zum Schluß festgestellt, daß die Besprechung vertraulich sein sollte[126]. Die Presseberichte lassen nun erkennen, daß man scheinbar in unseren Kreisen nur das Wort vertraulich zu nennen braucht, damit man möglichst alles, allerdings dann unter Außerachtlassung jeder Objektivität, vorzeitig der Öffentlichkeit bekannt gibt. Auf Grund dieser Nichtbeachtung des vertraulichen Charakters und der damit hervorgerufenen Festlegung der Bundestagsfraktion erkläre ich hiermit, daß ich mich nunmehr auch nicht mehr an die Vertraulichkeit gebunden erachte. Wir beide sind ja vielleicht in der Beurteilung der schwierigen Situation, wenn wir auch zu verschiedenen Ergebnissen kommen, viel klarer, als wie es gestern in der Diskussion von verschiedenen anderen unserer Freunde zum Ausdruck gekommen ist. Es kann doch nicht daran vorbeigegangen werden, daß gewichtige Stimmen aus den süddeutschen Ländern mit guter Begründung sich dahin ausgesprochen hatten, sich nicht festzulegen, ganz abgesehen davon, daß es mir das Kunststück der Politik zu sein scheint, sich nicht festzulegen, bevor man restlos Klarheit gewonnen hat.
Ich werde deshalb – und für diese Auffassung hoffe ich auch meine süddeutschen Freunde gewinnen zu können – in Zukunft derartigen Besprechungen in unzuständigem Kreise nicht mehr anwohnen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr Ihnen sehr ergebener

---

gezogen werden müßten. Am 23. August erklärte Adenauer in einer Pressekonferenz (vgl. Anm. 9), aus der Tatsache, daß es sich nicht um ein Beschlußgremium der Unionsparteien gehandelt habe, erkläre sich der „etwas diplomatische Charakter dieser Resolution". Ähnlich K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 229. Vgl. auch Anm. 155.

124 Durchschlag seines Schreibens übermittelte Hilpert am gleichen Tage an folgende Teilnehmer der Rhöndorfer Konferenz: Altmeier, Erhard, Dichtel, Kaiser, Köhler, Müller und Pünder sowie an Ministerpräsident Ehard.

125 Obwohl die Konferenz am Sonntag erst gegen 18.00 Uhr – Adenauer in der Pressekonferenz am 23. August über deren Dauer: „etwa fünf Stunden" – beendet worden war, berichteten einige Zeitungen darüber bereits am folgenden Tage. Ein Teil der Journalisten stützte sich dabei auf zusätzliche Informationen einzelner – teilweise namentlich genannter – Teilnehmer, vor allem auf Auskünfte von Jakob Kaiser. Er hatte im Rhöndorf benachbarten Königswinter, wo er im Adam-Stegerwald-Haus wohnte, den ihn bedrängenden Reportern offensichtlich die detailliertesten Mitteilungen gemacht. Dazu vgl. auch E. Kosthorst, Kaiser, S. 71.

126 Dieser Hinweis ist auch von anderen Teilnehmern überliefert (vgl. Dok. Nr. 3), in der Aufzeichnung von G. Müller (Dok. Nr. 1) allerdings nicht festgehalten.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument Nr. 3

23. August 1949: Staatspräsident Dr. Gebhard Müller (Tübingen) an Adenauer

Materialien G. Müller, Durchschlag[127].

Sehr verehrter Herr Präsident!

Ich möchte Ihnen noch einmal herzlich danken für die gastfreundliche Aufnahme in Ihrem schönen Hause. Leider ist trotz des betont privaten Charakters unserer Besprechungen ein wesentlicher Teil der Verhandlungen der Öffentlichkeit bekannt geworden. Ich würde es begrüßen, wenn der oder die Urheber dieses Vertrauensbruches, die nach dem Bericht der „Neuen Zeitung"[128] zweifellos in der Umgebung von Bonn zu suchen sind[129], festgestellt und zur Verantwortung gezogen werden könnten.
Ich würde mich freuen, wenn Sie folgenden Erwägungen, die ich auf Grund unserer Besprechungen angestellt habe, Ihre Aufmerksamkeit schenken wollten:
Ich halte es für bedauerlich, daß in die Verhandlungen über die Bildung der Regierung von der sie tragenden Koalition auch die Kandidatur des Bundespräsidenten einbezogen worden ist. Diese Einbeziehung widerspricht nicht nur dem Grundsatz der Trennung der Gewalten, sondern ist bei der Art der Presseberichterstattung geeignet, der Bevölkerung einen völlig falschen Eindruck über die Bedeutung und die Unabhängigkeit des Bundespräsidenten zu vermitteln. Durch die Koppelung der Verhandlungen und ihre Erstreckung auf die Person des Bundespräsidenten wird ihm von Anfang an das Ansehen jener Unabhängigkeit genommen, deren er für seine Autorität unbedingt bedarf. Das ist auch für die Zukunft bedenklich, wenn etwa eine Regierungskrise eintreten sollte. Es sollte ernstlich geprüft werden, ob nicht eine Persönlichkeit gefunden wird, die über den Parteien steht. Zweifellos wird dies sehr schwierig sein.
Auch der Vorschlag von Jakob Kaiser, nach österreichischem Vorbild den Bundespräsidenten aus der zweitstärksten Partei zu nehmen[130], verdient ernste Beachtung. Bei der außerordentlich schmalen Basis der künftigen Regierungskoalition wäre es erwünscht, die Verbindung zur SPD nicht abreißen zu lassen. Sie würde in glücklicher Weise dargestellt, wenn der Bundespräsident dieser Partei nahestehen oder aus ihr stammen würde. Die Opposition würde abgeschwächt, ein Abgleiten in das radikale Lager wäre schwieriger,

---

[127] Einen Durchschlag übermittelte G. Müller am 29. August 1949 an Hilpert. Dieses Schreiben bereits erwähnt bei R. Morsey, Die Bildung der ersten Regierungskoalition, S. 421.

[128] Am 23. August 1949 hatte die NZ einen ausführlichen und insgesamt zutreffenden Bericht von Heinz Medefind veröffentlicht (vgl. Anm. 137). Darin waren Hilpert, Gereke („zunächst nur zögernd") und G. Müller als Vorkämpfer für eine Große Koalition genannt, ferner u. a. Adenauer als Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers und Ehard für das des Präsidenten des Bundesrats. Von Kaiser sei angeregt worden, das österreichische System zu übernehmen, wonach die zweitstärkste Partei den Bundespräsidenten stelle. Vgl. Anm. 120.

[129] Anspielung auf Jakob Kaiser. Vgl. Anm. 125.

[130] In der Aufzeichnung von G. Müller (Dok. Nr. 1) über die zwei (kurzen) Diskussionsbeiträge von J. Kaiser nicht erwähnt (vgl. Anm. 120). Zu Kaisers Vorschlag nahm Adenauer in seiner Antwort an Müller vom 25. August (Dok. Nr. 6) Stellung, auch am 31. August 1949 bei einer Konferenz der führenden Unionspolitiker (s. Anm. 69). – Die Nicht-Protokollierung des Kaiser-Vorschlags in Dok. Nr. 1 ist ein weiteres Indiz dafür, daß es sich nicht um eine vollständige Mitschrift handelt.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und bei den ungewöhnlich schwerwiegenden gesetzgeberischen Arbeiten könnte ein derartiger Bundespräsident stets eine überaus glückliche Vermittlerrolle spielen. Auch dem Ausland gegenüber würde die Bundesregierung eine stärkere Autorität bekommen, wenn wenigstens der Bundespräsident aus der Opposition stammt und, wie zu erwarten ist, im Rahmen seines Amtes und seiner Zuständigkeit, wie auch seines persönlichen Einflusses, schwerwiegende außenpolitische Entscheidungen mit seinem Gewicht deckt.
In Frage käme unter Umständen Oberbürgermeister Reuter von Berlin, der als kluger, maßvoller und innerlich unabhängiger Mann wohl angesehen ist.
Selbstverständlich werden auch vor der Wahl des Bundespräsidenten Verhandlungen notwendig sein. Sie sollten aber, wenn irgend möglich, taktvoll von den Verhandlungen über die Bildung der Bundesregierung getrennt werden. Auch bei einem derartigen Vorgehen könnte der erwünschte Erfolg erzielt werden.
Besonders bedenklich erscheint mir die Einbeziehung des Präsidenten des Bundesrates in die Koalitionsverhandlungen[131]. Damit wird der Sinn des Bundesrates und der föderative Charakter dieser Institution geradezu in ihr Gegenteil verkehrt. Ich könnte mir denken, daß Bevollmächtigte im Bundesrat aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus es ablehnen, sich den Wünschen der Parteien zu fügen, aus denen sie stammen, auch wenn sie den vorgesehenen Ministerpräsidenten für den geeignetsten Mann halten[132]. Im übrigen wäre doch zu erwägen, für den Präsidenten des Bundesrates einen unserem Lager angehörenden Minister zu nehmen, der nicht gleichzeitig durch seine Landesaufgaben in Anspruch genommen ist. Zweifellos wird der Präsident des Bundesrats, wenn er überhaupt seine Aufgaben erfüllen wird, monatelang am Sitze der Bundesregierung weilen müssen. Nur so kann er die dem Bundesrat bei der vorgesehenen Regierungsbasis besonders obliegende Aufgabe erfüllen, die Bundesregierung durch sachliche und maßvolle Arbeit des Bundesrates zu unterstützen.
Sie dürfen überzeugt sein, sehr verehrter Herr Präsident, daß nur sachliche Erwägungen mich bei meinen Ausführungen leiten. Ich gehöre leider nicht zu denjenigen, die den Optimismus teilen können, der auch am 21. 8. 1949 teilweise in erschütterndem Maße zum Ausdruck gekommen ist. Wir stehen auf allen Gebieten erst am Anfang. Ich füge mich der Entscheidung in Rhöndorf. Das kann mich aber nicht daran hindern anzunehmen, daß sie voller Gefahr nach allen Richtungen ist. Unter allen Umständen muß auch der Eindruck vermieden werden, der bereits weitgehend entstanden ist, daß Fraktion und Bundesversammlung im voraus festgelegt werden sollten.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Hochachtung
Ihr ergebener

---

[131] In Presseberichten des gleichen Tages über die Rhöndorfer Konferenz war Hans Ehard als Kandidat für dieses Amt genannt worden. Das entsprach der Vereinbarung Adenauers mit dem bayerischen Ministerpräsidenten vom 20. August. Vgl. Anm. 19, 128.

[132] Mit dieser Begründung wählten die vier Ministerpräsidenten der CDU (Altmeier, Arnold, Müller und Wohleb) am 7. September 1949 Karl Arnold zum ersten Präsidenten des Bundesrats. Dazu vgl. Gebhard Müller, in: Adenauer und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, S. 56.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument Nr. 4

23. August 1949: Staatspräsident Dr. Gebhard Müller (Tübingen) an Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer (München)

Materialien G. Müller, Durchschlag[133].

Lieber Freund Pfeiffer!

Die Besprechungen in Rhöndorf veranlassen mich, Dir folgende Gedanken mit der Bitte um Prüfung zu unterbreiten:

1. Ich halte es für verhängnisvoll, daß auch die Wahl des Bundespräsidenten mit den Abmachungen über die Bildung einer Regierungskoalition verkoppelt wird. Diese Einbeziehung der Kandidatur für den Bundespräsidenten widerspricht nicht nur dem Grundsatz der Trennung der Gewalten, sondern vermittelt auch der Bevölkerung einen völlig falschen Eindruck über die Bedeutung und die Unabhängigkeit des Bundespräsidenten. Er bedarf in erster Linie für seine Autorität einer völligen Unabhängigkeit. Ich halte es auch für sehr bedenklich, daß auch in dieser Frage der Bundesversammlung vorgegriffen werden soll. Die Anregung von Jakob Kaiser, unter Umständen eine der SPD nahestehende Persönlichkeit für die Wahl vorzusehen[134], scheint mir sehr beachtlich. Wenn auch die sogen. kleine Koalition nach der Auffassung der Mehrheit unserer Freunde für den Augenblick unvermeidlich ist, so habe ich doch gar keine Zweifel, daß sie nicht sehr lange dauern, mindestens bei längerer Dauer nicht sehr arbeitsfähig sein wird. Es wäre eine glückliche und im allgemeinen politischen Interesse erwünschte Lösung, wenn auch die künftige Opposition durch die Person des Bundespräsidenten stärker an der Regierungsarbeit beteiligt würde. Eine derartige Koppelung würde eine etwaige Regierungsumbildung außerordentlich erleichtern, die Beziehungen zur Opposition weitgehend entschärfen und dem Ausland gegenüber die Stellung der Bundesregierung wesentlich stärken. In Frage käme unter Umständen Oberbürgermeister Reuter, Berlin, von dem ich den Eindruck habe, daß er sehr maßvoll, klug und weitblickend ist. Er hat m. W. auch seinerzeit bei dem Parteitag der SPD am 20. April 1949 gegen Schumacher gestimmt[135].

2. Noch bedenklicher erscheint mir die Einbeziehung des Präsidenten des Bundesrates in die Verhandlungen über die Regierungsbildung. Damit wird ein ganz wesentlicher Grundsatz des Föderalismus in verhängnisvoller Weise preisgegeben. Die Wahl des Präsidenten des Bundesrates ist ausschließlich Sache der Ländervertreter. Sie mit dem Spiel der Parteien zu koppeln, wird sich bitter rächen. Gerade weil ich Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ehard für diese Stelle besonders geeignet halte, bedaure ich, daß er von vornherein seine Wahl einer Abmachung unter den künftigen Regierungsparteien verdanken sollte. Ich habe auch

[133] Einen Durchschlag übermittelte Müller gleichzeitig an seinen rheinland-pfälzischen Kollegen Altmeier.

[134] Vgl. Anm. 130.

[135] Die Führungsgremien der SPD („kleiner Parteitag") hatten sich am 20. April 1949 in Hannover mit großer Mehrheit für Schumachers Linie entschieden, das Zustandekommen des Grundgesetzes eher scheitern zu lassen, als alliierten Forderungen nach weiterer föderalistischer Ausgestaltung nachzukommen. Reuter hatte zusammen mit dem „Oberbürgermeister-Flügel" zu den Opponenten dieser Haltung gehört. Vgl. Willy Brandt und Richard Lowenthal, Ernst Reuter, München 1957, S. 487.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ganz erhebliche Zweifel, ob die maßgeblichen Minister sich einem derartigen Verlangen der Parteien, denen sie angehören, fügen werden, selbst wenn sie an der vorgeschlagenen Person nichts auszusetzen haben.
3. Endlich will ich Dir nicht verhehlen, daß ich sehr wenig glücklich darüber bin, daß Bayern zur Wahrung seiner Interessen in allen diesen Fragen ohne Fühlungnahme mit den übrigen süd- und südwestdeutschen Ministerpräsidenten verhandelt hat[136]. Schließlich dürfen wir für uns in Anspruch nehmen, daß wir oft in schwierigen Verhältnissen die bayerische Position unterstützt haben. Es wird die künftige Zusammenarbeit im Bundesrat nicht erleichtern, daß Bayern, grob gesagt, nunmehr ohne Rücksicht auf uns vorgehen zu müssen glaubt. Wie sehr durch alle diese Verhandlungen Porzellan zerschlagen wird, tritt nunmehr besonders kraß in Erscheinung, nachdem die Verhandlungen in Rhöndorf durch die Veröffentlichung in der Presse (s. Neue Zeitung) in allen Einzelheiten bekannt geworden sind[137]. Man muß sich ernstlich überlegen, ob man überhaupt noch an derartigen Verhandlungen teilnehmen soll, wenn nicht einmal in einem solchen Kreis die strikt geforderte Vertraulichkeit gewahrt wird.

Mit freundlichen Grüßen
stets Dein ergebener

Dokument Nr. 5

23. August 1949: Staatspräsident Dr. Gebhard Müller (Tübingen) an Friedrich Schenk Frhr. v. Stauffenberg (Geislinger Kr. Balingen)

Materialien G. Müller, Durchschlag.

Lieber Herr Baron!

Auf Ihren Brief vom 18. 8.[138] darf ich Ihnen folgendes erwidern:
Ihre Auffassung über die künftige Regierungsbildung ist bei den bisherigen Besprechungen, so zuletzt am Sonntag in Rhöndorf mit Dr. Adenauer, von der überwiegenden Mehrheit der maßgebenden Leute der CDU in vollem Umfang gebilligt worden, so daß meine abweichende Meinung keine Aussicht hat, zum Zuge zu kommen. Sie können also insofern völlig beruhigt sein: Allerdings werden Sie verstehen, daß ich selbst diese Beruhigung nicht teilen kann.
Ihre Auffassung wäre richtig, wenn
1. das Ergebnis der Wahlen eine klare Scheidung zwischen künftiger Regierung und Opposition ermöglicht hätte. Das ist leider nicht der Fall. Bei der nunmehr bevorstehenden Koalition zwischen CDU und FDP ist es erforderlich, noch irgendeine der kleinen Parteien

[136] Bezieht sich auf Adenauers Treffen mit Ehard am 20. August 1949 in Frankfurt. Aus Müllers Formulierung wird nicht deutlich, wieviel er vom Ergebnis dieser Verhandlungen inzwischen wußte, über das die Presse nur wenig berichtet hatte.

[137] Vgl. Anm. 128.

[138] Am 18. August 1949 hatte Frhr. v. Stauffenberg dem Staatspräsidenten zum Wahlerfolg der CDU gratuliert und sich darüber „erschüttert" gezeigt, daß Müller dennoch, einem Zeitungsbericht zufolge, dafür eingetreten sei, eine Bundesregierung zusammen mit der SPD zu bilden: „Es käme praktisch also wieder zu dem alten parlamentarischen Kuhhandel, von dem die Mehrheit unseres Volkes, insbesondere die Jugend, nichts wissen will."

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu gewinnen. In Frage kommt lediglich die Deutsche Partei. In ihren Reihen sind zwar verschiedene sehr vernünftige und klar denkende Männer, ein ebenso starker Teil dieser Partei ist aber durch sein Verhalten im Wahlkampf so bloßgestellt, daß sich jede Partei schämen muß, ihre Unterstützung zu beanspruchen.

2. Auch nach Auffassung Herrn Adenauers bleibt also nichts anderes übrig, als eine Minderheitsregierung zu bilden[139] und von Fall zu Fall die Zustimmung irgendeiner der kleinen Gruppen zu gewinnen. Damit hat die Regierungskoalition aber bereits den Todeskeim in sich. Es ergibt sich nämlich das groteske Ergebnis, daß die stärkste Partei dieser Koalition bei allen entscheidenden Gesetzen von den 10 in ihrer politischen Zielsetzung noch völlig undurchsichtigen Männern der kleinsten Partei[140] abhängig ist.

3. Es kommt hinzu, daß auch die FDP in ihren Reihen, vor allem durch ihr Wahlbündnis mit der Nationaldemokratischen Partei in Hessen, einen verhältnismäßig starken Bestandteil hat, den ich keinesfalls an der Seite der CDU sehen möchte. Es sind dieselben Leute, die ihre Wahlversammlungen mit dem Horst-Wessel-Lied geschlossen haben. Auch ist nicht zu verkennen, daß in ihren Reihen doch auch heute noch der Typ der nicht sozial eingestellten Unternehmer vertreten ist. Das sind Gründe gegen die nach Ihrer Auffassung einzig mögliche Koalition.

4. Für die große Koalition spricht folgendes: Es würde eine Regierungsmehrheit geschaffen, die vor allem dem Ausland gegenüber über besonders starke Autorität verfügen würde. Ich bin der Auffassung, daß schon in ganz kurzer Zeit die Senkung der Besatzungskosten das zentrale Problem der deutschen Politik sein wird. Sie ist nur zu erreichen, wenn die sie fordernde Regierung die stärkste Autorität besitzt. Weiterhin wird es aus den oben geschilderten Gründen bei jedem Gesetz unumgänglich sein, mit der SPD „Koalitionsgespräche" zu führen. Andererseits wird die gesetzgeberische Arbeit im Mittelpunkt stehen. Wenn die SPD sich in der Opposition befindet, wird sie zwangsläufig, um nicht von der KPD überrundet zu werden, stark radikalisiert werden. Das ist vom nationalen Standpunkt aus völlig unerwünscht. Der Versuch, durch eine Koalitionsbildung mit der SPD den maßvollen Kräften in dieser Partei einen endgültigen Durchbruch gegen Schumacher zu ermöglichen, hätte gemacht werden müssen. Er ist nach meinen Erfahrungen erfolgversprechend. Fast alle gesetzgeberischen Aufgaben, die im Mittelpunkt stehen werden, wie Flüchtlingsgesetze, Wohnungsbau, Beamtengesetz, Sicherung der Währung, Lohnfragen usw. erfordern, wenn ihre Lösung nicht in kurzer Zeit zu einem neuen wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch führen soll, stärkste Opfer auf allen Seiten. Der Opposition wird es daher mühelos gelingen, die große Masse der Unzufriedenen auf ihre Seite zu bringen. Daß die SPD eine loyale Opposition im Sinne der englischen Übung machen würde, halte ich für völlig aussichtslos. Ich habe daher keinen Zweifel, daß die nunmehr offensichtlich unvermeidbare kleine Koalition dem Ganzen und der Partei auf die Dauer nur zum Schaden gereichen kann. Ihre Hoffnung, die Bayernpartei für die Koalition zu gewinnen, wird von keinem der Politiker, mit denen ich am Sonntag in Rhöndorf gesprochen habe, geteilt, auch nicht von den besonnenen bayerischen Politikern. Diese Hoffnung ist mindestens noch erheblich verfrüht.

Auch ich bin der Meinung, daß die Wirtschaftspolitik des Prof. Erhard eine unabdingbare

---

[139] Diese Annahme Müllers gibt die Ausgangsposition Adenauers zu Beginn der Rhöndorfer Konferenz wieder, nicht aber dessen Meinungsumschwung als Ergebnis der weiteren Beratungen.

[140] Die DP hatte 17 Abgeordnete durchgebracht.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Voraussetzung einer Koalition mit der SPD ist. In diesem Punkt besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit. Ich hatte die Hoffnung, da der Wahlkampf weitgehend mit Schlagworten geführt wurde, daß mit dem besonnenen Teil der SPD eine Basis hätte gefunden werden können, bei der wir in gar keiner Weise unsere Grundsätze aufgegeben hätten. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß eine Partei, die nicht den Hauptnachdruck auf die soziale Arbeit legt, auf die Dauer keine Existenzberechtigung hat. In dieser Arbeit darf man nicht übersehen, daß wir erst am Anfang stehen. Alle großen Fragen sind noch ungelöst. Sie sind zum Teil kaum lösbar. Ich kann den Optimismus des Prof. Erhard, der für eine Übergangszeit ein notwendiger Motor war, auf die Dauer nicht teilen. Wer einen Einblick in die finanziellen Schwierigkeiten hat, wird mir zustimmen.
Möge nun die zukünftige Entwicklung mir Unrecht geben. Niemand würde so sehr wie ich darüber Freude empfinden.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr ergebener[141]

Dokument Nr. 6

25. August 1949: Adenauer an Staatspräsident Dr. Gebhard Müller (Tübingen)

Materialien G. Müller, Maschinenschrift. StBAH 06.07, Durchschlag.

Sehr verehrter Herr Staatspräsident!

Ich bestätige den Empfang Ihres Briefes vom 23. d. Mts.[142] In der Zwischenzeit ist es aus den Verlautbarungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes in der Presse wohl offensichtlich geworden, daß er eine Koalition nicht will[143]. Es liegt das wohl auch absolut in der Natur der Dinge begründet und man kann weder der SPD noch uns einen Vorwurf daraus machen, daß es nicht zu einer solchen Koalition kommen wird. Ich meine, man sollte nicht übersehen, daß die Wirtschaftspolitik, die wir in Frankfurt seit 1½ Jahren exerziert haben, planmäßig von der SPD bekämpft und abgelehnt worden ist. Jetzt, nach 1½Jahren, kann man weder von der SPD verlangen, daß sie das, was sie bisher bekämpft hat, als richtig anerkennt, noch kann man von uns verlangen, daß wir das gleiche tun. Die Entwicklung ist m. E. ganz folgerechtlich [!] eine Weiterentwicklung der Verhältnisse im Frankfurter Wirtschaftsrat. Ich halte aber auch mehr denn je es für richtig, daß man die Sozialdemokratie zwingt, in Opposition zu gehen, damit endlich einmal in Deutschland die Form der Demokratie geübt wird, die in den angelsächsischen Ländern sich bewährt hat.
Ich bin nicht der Auffassung, daß man aus den ganzen Gesprächen die Frage, welche Partei den Bundespräsidenten stellen soll, herauslassen darf. Ich bin auch nicht der Auffassung, daß man diesen Posten der Oppositionspartei geben darf, denn ihm kommt doch eine große Bedeutung zu bei der Frage der Wahl des Bundeskanzlers, und es ist m. E. ausgeschlossen, die Initiative in dieser Frage dem Angehörigen einer anderen Partei zu überlassen. Die Anregung des Herrn Kaiser, es zu machen wie in Österreich[144], ist wohl nicht

[141] Am 1. September 1949 bedankte sich Frhr. v. Stauffenberg für das Antwortschreiben, dessen Argumentation ihn allerdings „nicht vollkommen überzeugt" habe, was er im einzelnen begründete.
[142] Vgl. Dok. Nr. 3.
[143] Dazu vgl. F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 97.
[144] Vgl. Anm. 130.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ohne weiteres akzeptabel; weder Herr Kaiser noch ich wissen, welche Aufgaben der Bundespräsident in Österreich hat und welche Vereinbarungen dort getroffen worden sind. Ich mache insbesondere darauf aufmerksam, daß in Österreich die sozialistische Partei in der Regierung ist. Es könnte sein, daß man sich mit den Sozialisten dort dahin verständigt hat, daß sie den Bundespräsidenten und unsere Partei dafür den Bundeskanzler erhält[145].
Die Indiskretionen, die über die Verhandlungen in Rhöndorf begangen worden sind, bedauere ich außerordentlich. Ich glaube zu wissen, worauf sie zurückzuführen sind[146].
Bayern verlangt den Vorsitz im Bundesrat absolut für sich[147], ebenfalls aus föderativen Gesichtspunkten heraus.
Sie sehen, sehr verehrter Herr Präsident, zu welch verschiedenen Urteilen man kommt, obgleich man denselben Ausgangspunkt hat.
Ich hoffe, daß wir letzten Endes doch alle Schwierigkeiten gut lösen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener

Dokument Nr. 7

25. August 1949: Adenauer an Staatsminister Dr. Werner Hilpert (Wiesbaden)

ACDP I-021-002, Maschinenschrift. StBAH 06. 07, Durchschlag[148].

Sehr geehrter Herr Hilpert!

Ich erhalte Ihren Brief vom 22. d. Mts.[149] Ich bedauere wie Sie, daß aus einer ausdrücklich für *vertraulich* erklärten Besprechung Mitteilungen gemacht worden sind. Es blieb mir daraufhin gar nichts anderes übrig, als die z. T. falschen Mitteilungen in einer Pressekonferenz richtigzustellen[150].
Außerordentlich bedauere ich, daß Sie in Zukunft solchen Besprechungen nicht mehr beiwohnen wollen. Ich hoffe doch sehr, daß dieser Entschluß vielleicht von Ihnen doch noch einer Nachprüfung unterzogen werden wird. Ich glaube, man sollte nicht so empfindlich sein. Wir müssen doch versuchen, zusammenzuarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener

---

145 In einer Pressekonferenz am 23. August (vgl. Anm. 9) hatte Adenauer einem Journalisten, der nach der Möglichkeit der Wahl eines sozialdemokratischen Bundespräsidenten gefragt hatte, entgegnet: „Glauben Sie, daß im umgekehrten Fall die SPD einem von uns das Amt des Bundespräsidenten anbieten würde?"

146 Vgl. Anm. 125.

147 Anspielung auf seine Verhandlungen mit Ehard am 20. August 1949 in Frankfurt. Vgl. R. Morsey, Die Bildung der ersten Regierungskoalition, S. 434.

148 Abschriften des Briefes übermittelte Hilpert an Altmeier, Dichtel, Ehard, Erhard, Kaiser, Köhler, G. Müller und Pünder (wie von Dok. Nr. 2).

149 Dok. Nr. 2.

150 Am Nachmittag des 23. August 1949 in Bonn (vgl. Anm. 9). Dabei erklärte Adenauer, die „Zusammenkunft" in Rhöndorf habe dem Zweck gedient, vor dem Zusammentritt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in „allen drei Zonen eine gewisse Klärung der Auffassungen und eine gewisse

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument Nr. 8

29. August 1949: Ministerpräsident Peter Altmeier (Koblenz) an Staatspräsident Dr. Gebhard Müller (Tübingen)

Materialien G. Müller, Maschinenschrift.

Lieber Freund Müller!

Ich danke Dir für die Übersendung der Abschrift Deines Schreibens vom 23. August an den Herrn Minister Dr. Pfeiffer, München[151].
Den hier gemachten Ausführungen kann ich nur in jeder Weise zustimmen. Ich selbst habe unmittelbar nach den ersten Veröffentlichungen in zahlreichen Unterhaltungen – zuletzt noch auf dem Rittersturz[152] – meiner Verwunderung darüber Ausdruck verliehen, daß man die Rhöndorfer Besprechungen in dieser Weise der Presse zugänglich gemacht hat, obwohl zu Beginn der Sitzung und auch bei ihrem Abschluß ausdrücklich auf den rein informatorischen Charakter der Konferenz, „die keine Beschlüsse zu fassen hatte", verwiesen wurde[153].
Wenn auch in den verschiedenen Presseverlautbarungen immer wieder gesagt wird, daß den berufenen Organen – also der neuen Fraktion und der Zusammenfassung der Parteiorganisationen – nicht vorgegriffen werden solle, so kann ja niemand bestreiten, daß die täglichen Erklärungen namhafter Parteifreunde nichts anderes als eine Festlegung dieser erwähnten Gremien darstellen. Man wird abzuwarten haben, wie die Dinge nach dem Zusammentritt der Fraktion weiter verlaufen werden.
Ich selbst habe ebenso wie Du angesichts der Tatsache, daß wenige Stunden nach den Rhöndorfer Besprechungen in Rundfunk- und Presseerklärungen alle Einzelheiten – allerdings einseitig – veröffentlicht wurden, den Entschluß gefaßt, zukünftig nur noch an solchen Parteiveranstaltungen teilzunehmen, die durch ihre Zusammensetzung Berechtigung und Auftrag zu Beschlüssen und Entschließungen haben.
Im übrigen hoffe ich, daß wir uns gelegentlich der Besprechungen am 31. 8. und 1. 9.[154] sehen werden.

Mit freundlichem Gruß
Dein

Ordnung" herbeizuführen, einen Überblick über die Ansichten der [!] führenden Leute in den verschiedenen Ländern". Vgl. auch F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 94. Am 24. August 1949 gab Hilpert folgende Erklärung an die Presse: „Falls die in der Presse veröffentlichten Erklärungen des Herrn Dr. Adenauer [vom Vortage] über die Konferenz von Rhöndorf richtig wiedergegeben sind, erscheint es mir notwendig festzustellen, daß Rhöndorf in keiner Weise eine irgendwie geartete Festlegung der Fraktion CDU/CSU bedeutet. Es sind in Rhöndorf insbesondere von den Vertretern der süddeutschen CDU ganz erhebliche Bedenken geltend gemacht worden, die Gegenstand von Erörterungen der für die Regierungsbildung allein maßgebenden Fraktion der CDU/CSU sein werden." ACDP I-021-002.

151 Vgl. Dok. Nr. 4.

152 Anläßlich einer Ministerpräsidenten-Konferenz am 25./26. August 1949 in Koblenz (vgl. Anm. 7).

153 Vgl. Anm. 126.

154 Anläßlich der Vorbesprechungen führender Unionspolitiker am 31. August in Bonn

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus den hier abgedruckten neuen Quellen ergeben sich für die Bewertung des Ablaufs und der Ergebnisse der Rhöndorfer Weichenstellung vom 21. August 1949 folgende teils neue, teils besser gesicherte Erkenntnisse:

1. Falsch ist die teilweise immer noch – auf Grund entsprechender Hinweise von Pferdmenges (1955) und Adenauer (1965) – herrschende Annahme, als wenn sich Befürworter und Gegner einer Regierungsbildung ohne Sozialdemokratie etwa die Waage gehalten bzw. Anhänger der Großen Koalition sogar in der Überzahl gewesen wären. Das Gegenteil war der Fall.
2. Als Vorkämpfer für eine Große Koalition meldeten sich nur Hilpert, Gebhard Müller und – wesentlich schwächer – Gereke sowie Simpfendörfer zu Wort. Der von Pferdmenges und Adenauer betont und als einziger Opponent herausgestellte rheinland-pfälzische Ministerpräsident Altmeier hat überhaupt nicht gesprochen[155]. Der auch von manchen Teilnehmern der Konferenz später ebenfalls zu den Anhängern der Großen Koalition gezählte Jakob Kaiser hat eindeutig die Gegenposition vertreten.
3. Neu ist, daß Adenauer zu Beginn der Konferenz eine Koalition der Unionsparteien nur mit der FDP ins Auge gefaßt hatte – genauso wie am Vortage in seinem Frankfurter Gespräch mit Hans Ehard –, sich aber durch die Argumentation anderer Teilnehmer über die Notwendigkeit und Möglichkeit, diese Minderheitskoalition durch Hinzutritt der Abgeordneten der DP zu ergänzen, überzeugen ließ. Neu ist ferner das dezidierte Eintreten gegen eine Regierungsbeteiligung der SPD u. a. von Theodor Blank, Erich Köhler und Carl Schröter.
4. Der CSU-Politiker (und jüngste Teilnehmer) Strauß hat durch sein klares Votum keineswegs, wie er später mehrfach für sich in Anspruch genommen hat, die angeblich bis zu seiner Wortmeldung noch offene Diskussion im Sinne des von Adenauer intendierten Ergebnisses entscheidend beeinflußt. Die entsprechende Weichenstellung war bereits vor der Wortmeldung von Strauß, die erst gegen Schluß der Sitzung erfolgte, geschehen[156]. In Kenntnis der Frankfurter Vorabsprache zwischen Adenauer und Ehard über eine Koalitionsbildung ohne SPD muß auch die spätere Mitteilung von Strauß, wonach sein scharfes Votum gegen eine Große Koalition

(vgl. Anm. 69) zur Vorbereitung der konstituierenden Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am folgenden Tage.

[155] In einer Sitzung der führenden CDU/CSU-Politiker am 31. August 1949 in Bonn (vgl. Anm. 69) erklärte Adenauer, für die Große Koalition seien am 21. August vor allem Gereke, Hilpert und G. Müller eingetreten. Daraufhin ergänzte Simpfendörfer, daß auch er in Rhöndorf eine „ähnliche Lösung" vertreten habe. Altmeier wurde von Adenauer gar nicht erwähnt. Vgl. R. Morsey, Die Bildung der ersten Regierungskoalition, S. 422. Bei der gleichen Gelegenheit erklärte Hilpert, in Rhöndorf habe sich „zahlenmäßig eine große Mehrheit" für das Pressekommuniqué (vgl. Anm. 2 und 123) ergeben; er sei jedoch dagegen gewesen; in der Zwischenzeit hätten sich Simpfendörfer und Dichtel seinen Bedenken angeschlossen.

[156] Darauf hat Adenauer schon am 31. August 1949 (vgl. Anm. 69) in einer Besprechung von führenden Unionspolitikern in Bonn – und in Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Teilnehmer der Rhöndorfer Konferenz – hingewiesen: Die Ausführungen von Strauß am 21. August – wonach die CSU aus „inneren Gründen in Bayern" keiner gemeinsamen Unionsfraktion beitreten würde, wenn es zu einer Koalition CDU-SPD käme – seien erst „ganz zum Schluß der Erörterung gesagt"

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom CSU-Vorsitzenden nicht (oder jedenfalls nicht voll) gedeckt gewesen sei, korrigiert werden[157].

5. Bei der Erörterung der Personalfragen hat Adenauer, um die mögliche Nennung eines anderen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers zu verhindern, von vornherein seinen Anspruch („Ich will Kanzler werden") angemeldet und durch Hinweis auf seinen ärztlich bestätigten Gesundheitszustand untermauert. Offensichtlich hat ihn daraufhin Pünder – ein anderer potentieller Kanzlerkandidat – formell vorgeschlagen.
6. Das mehrfach wiederholte Hauptargument Adenauers, mit dem er keinen Widerspruch fand, war der Hinweis auf den unüberbrückbaren Gegensatz zur SPD in der Wirtschaftspolitik. Daraus leitete der Unionspolitiker die – ebenfalls unstrittige – Forderung ab, daß nur Ludwig Erhard als Bundeswirtschaftsminister in Frage komme. Aus dieser Sachlage für die Koalitionsbildung Konsequenzen zu ziehen, wurde nach außen hin, wie das Pressekommuniqué deutlich machte, der SPD überlassen[158].

Zur Bewertung der Rhöndorfer Konferenz in der Literatur ist auf einen bemerkenswerten Widerspruch hinzuweisen: Adenauers gezielt erfolgte Einladung von Anhängern seiner Linie – und die Nichtberücksichtigung vor allem von Karl Arnold – wird registriert (und durchweg kritisiert), dennoch aber die (Pferdmenges-Adenauer-)Version übernommen, daß das Ringen um die Koalitionsentscheidung gleichwohl angesichts der starken Gegenkräfte zunächst vollständig offen gewesen sei.

Das eigentliche „Meisterstück" Adenauers lag weniger in der Zusammensetzung seiner Gästeliste, die er bis zum letztmöglichen Termin (und offensichtlich nicht nur infolge einiger Absagen) ergänzt hat, sondern vielmehr darin, daß er frühzeitig die Bedeutung eines Treffens derart prominenter Unionspolitiker erkannt, es zu einem günstigen Zeitpunkt – unmittelbar nach der Tagung des Ellwanger Kreises – angesetzt, dessen Ausgang durch Vorverhandlungen mit dem CSU-Vorsitzenden Ehard abgesichert und schließlich erreicht hat, das erstrebte Ergebnis auch in einem Pressekommuniqué zu verdeutlichen[159]. Dabei kam Adenauer der Umstand zugute, daß sich die voraufgegangene Tagung des Ellwanger Kreises damit begnügt hatte, Koalitionsmöglichkeiten zu erörtern, besonders auch „Organisation und Aufgabe des Bundes-

---

worden und für die vorher von „neun Zehnteln der Anwesenden" ausgesprochene Meinung „nicht entscheidend" gewesen. Der sachliche Kern der Aussage von Strauß sei ihm, Adenauer, auch von Ehard bestätigt worden.

157 Vgl. Anm. 40. Dieses Teilergebnis bereits bei R. Morsey, Die Bildung der ersten Regierungskoalition, S. 435.

158 Am 23. August 1949 erklärte Adenauer in einer Pressekonferenz (vgl. Anm. 9): Wenn die SPD in der Nominierung Erhards eine „Unmöglichkeit" für eine Regierungsbeteiligung erblicke, so sei das ihre Sache: „Das sind ganz einfache Dinge." Der innere Widerspruch der Rhöndorfer Verfechter einer Großen Koalition lag darin, daß sie alle für Erhards Nominierung eintraten, aber gleichwohl damit rechneten, sich mit der SPD auf ein gemeinsames Programm einigen zu können.

159 Am 23. August erklärte Adenauer in einer Pressekonferenz (vgl. Anm. 9), daß „wahrscheinlich nur einer" der Teilnehmer der Konferenz (gemeint wohl: Hilpert) mit der „Resolution" nicht einverstanden gewesen sei. Vgl. Anm. 155.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rats"[160], ohne durch einen präzisen Beschluß der künftigen Bundestagsfraktion der Unionsparteien auch nur eine Empfehlung zu geben.

Als weiterer Glücksfall für Adenauer, der als einziger Unionspolitiker Zonenvorsitzender seiner Partei war, erwies sich, daß es mit wenigen (nicht ins Gewicht fallenden) Ausnahmen – Holzapfel, Heurich, Schreiber (Berlin) – gelang, die eingeladene Prominenz vollzählig in Rhöndorf zu versammeln. In den Presseberichten über die sonntägliche Konferenz wurde dementsprechend weniger deren informeller Charakter betont, vielmehr wurden – angesichts des Fehlens einer gemeinsamen Spitze der Unionsparteien – Zahl und Gewicht der anwesenden Persönlichkeiten unterstrichen. Für die Zeitgenossen bildete die Rhöndorfer Entscheidung im übrigen keine Sensation, da eine Mehrheitsbildung von CDU/CSU, FDP und DP seit dem 14. August 1949 als Konsequenz des Wahlausgangs nahelag. Auch waren die Namen von Heuss, Adenauer und Erhard in Verbindung mit den ihnen auch von Adenauer zugedachten Ämtern sogar schon vor dem Wahltag in der Presse erörtert worden.

Dadurch daß Adenauer das Ergebnis der Rhöndorfer Konferenz in den folgenden Tagen in seinem Sinne konkreter interpretierte, als es in dem Pressekommuniqué zum Ausdruck gekommen war – ohne dabei allerdings außer dem Namen von Erhard und seinem eigenen andere Personalia zu nennen[161] –, gewann diese Ansicht zunehmend an Gewicht. Gegenüber dem Vorwurf einiger Teilnehmer der Rhöndorfer Konferenz über die Preisgabe mancher Einzelheiten aus der vertraulichen Besprechung kam Adenauer zugute, daß Jakob Kaiser bereits am Abend des 21. August detaillierte Hinweise gegenüber Pressevertretern gegeben hatte.

Die Entscheidung der führenden Politiker von CDU und CSU am 31. August über die Bildung der ersten Regierungskoalition und die entsprechende des formellen Beschlußgremiums, der neu konstituierten Bundestagsfraktion, vom 1. September 1949 bestätigten die voraufgegangene Rhöndorfer Weichenstellung[162]. Daß sich dennoch

---

[160] Aus dem DENA-Bericht. Vgl. Frankfurter Neue Presse vom 23. August 1949. In einer anderen Version des Pressekommuniqués (zitiert bei F. Alt, Der Prozeß der ersten Regierungsbildung, S. 78) fehlt der Hinweis auf den Bundesrat.

[161] Nach Presseberichten vom 23. August (vgl. ebenda, S. 92f.) soll Adenauer in der CDU-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 22. August weitere Namen genannt haben (darunter Blücher, Lehr, Schlange-Schöningen). Ich halte das jedoch für wenig wahrscheinlich, weil sich unter den von einzelnen Zeitungen in diesem Zusammenhang aufgeführten Namen auch der von Carl Spiecker befand. In den beiden Pressekonferenzen am 23. August und 1. September (vgl. Anm. 9) machte Adenauer keinerlei weitere Personalangaben außer dem Hinweis auf seine eigene Nominierung und die von L. Erhard. Bisher liegen über die erwähnte Fraktionssitzung wie eine folgende vom 23. August, in der Adenauer einstimmig das Vertrauen ausgesprochen wurde, noch keine zuverlässigen Angaben vor.

[162] Offen sind in diesem Zusammenhang noch zwei Fragen: Wann Adenauer den Plan zum Rhöndorfer Treffen gefaßt hat – es gibt kein Indiz dafür, daß es nicht seine eigene Idee gewesen ist –, und ob er dazu etwa durch die Einberufung des Ellwanger Kreises zu einer Tagung am 20./21. August (die dann wegen des Rhöndorfer Termins um einen Tag vorverlegt wurde) veranlaßt worden ist. Am 31. August erklärte Adenauer (s. Anm. 69), die Zusammenkunft in Rhöndorf sei „ursprünglich" nicht beabsichtigt gewesen, aber „durch die Unruhe im Lande" erzwungen worden: „Man mußte irgendwie etwas sagen."

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Regierungsbildung als äußerst schwierig und langwierig erwies, hing damit zusammen, daß am 7. September 1949 nicht Hans Ehard zum ersten Präsidenten des Bundesrats gewählt wurde – worauf Gebhard Müller seit dem 23. August mehrfach warnend hingewiesen hatte –, sondern Karl Arnold[163]. Die Folge davon war, daß der am 15. September gewählte erste Bundeskanzler in den anschließenden Koalitionsverhandlungen Vertretern der CSU wesentlich größeres Gewicht in seinem Kabinett einräumen mußte, als zwischen Adenauer und Ehard am 20. August vereinbart worden war. Insofern hatte das Kalkül der vier opponierenden Ministerpräsidenten der CDU langfristige Auswirkungen, während die von der CSU-Spitze als Brüskierung Bayerns empfundene Ausschaltung vom einjährigen Vorsitz im Bundesrat nur eine kurzfristige Verstimmung in München hinterließ.

Angesichts der zwischen 1955 und 1976 erfolgten Erweiterung unserer Kenntnisse über Vorgeschichte und Ablauf der Rhöndorfer Konferenz, die ausschließlich auf der Grundlage von Erinnerungen einzelner Teilnehmer beruhte, ist eine Warnung vor dem Quellenwert derartiger – wenngleich unentbehrlicher – Zeugnisse angebracht.

---

[163] Die neuerliche Vermutung von D. Hüwel, Arnold, S. 207, das „gesamte Unternehmen" der Rhöndorfer Konferenz habe sich „in erster Linie" gegen Karl Arnold gerichtet, überschätzt die Bedeutung des Düsseldorfer Ministerpräsidenten, der zudem seinerseits am 23. August 1949 Adenauers Linie zugestimmt hat (vgl. Anm. 161), allerdings anschließend wieder davon abrückte. Am 25. August 1949 konnte Adenauer jedoch einen besorgten Parteifreund (Franz Etzel) beruhigen: Arnold habe zwar noch einen „entschiedenen Vorstoß" zugunsten einer Großen Koalition gemacht: „Die Sache ist aber erledigt." StBAH 07.26.

Jahrgang 28 (1980), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1980_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte